

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verzeugs-Anzeigen
für die dreispaltige Pettizeile oder deren Raum 30 A.

Der „Wehrschag“ des Bundes.

Kein Zweifel: Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe rüstet ernsthaft zu neuen Kämpfen. Erst in der letzten Woche konnten wir mitteilen, daß der Bundesvorstand eine durchgreifende Finanzreform plane, und schon jetzt ist dieser Plan für den Gesamtvorstand des Bundes zum festen Beschluß geworden. Am 27. September hielt dieser im Architektenhause in Berlin eine Sitzung ab, in der bezüglich des Wehrschages folgendes beschlossen wurde:

„Der Bundesvorstand beschließt, der nächsten ordentlichen Hauptversammlung Satzungsänderungen zur Annahme zu empfehlen, welche die Bildung und Verwendung eines von der Zentralkasse zu verwaltenden Wehrschages für den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe betreffen.

Er hat die Höhe dieses Wehrschages vorbehaltlich der Genehmigung der Hauptversammlung auf 1 Million Mark festgesetzt und in Aussicht genommen, diese Summe durch außerordentliche Mitgliederbeiträge in den Jahren 1910, 1911, 1912 aufzubringen. Das bedingt bei 22 000 Bundesmitgliedern einen durchschnittlichen Beitrag von M. 15 pro Jahr. Den Bezirks- und direkt angeschlossenen Ortsverbänden soll es überlassen sein, ob sie die Beiträge in gleicher Höhe entgehen oder nach der Leistungsfähigkeit der Mitglieder abtufen wollen; sie sollen für jedes der Jahre 1910, 1911, 1912 an den Bund so viel mal M. 15 abführen, als sie Mitglieder besitzen. Der Bundesvorstand erachtet die Verbände, die Umlage für das Jahr 1910 möglichst schon im letzten Vierteljahr dieses Jahres einzuziehen und an die noch von der Bundesleitung zu benennende Bankstelle zu überfenden. Ueber die Regelung der Verwendung von Geldern des Wehrschages wird der Vorstand der nächsten ordentlichen Hauptversammlung Vorschläge machen und dabei empfehlen, daß den Bezirks- und dem Bunde direkt angeschlossenen Ortsverbänden bis zu 70 pzt. der von ihnen aufgetragenen Beiträge gegebenenfalls zur freien Verfügung stehen sollen.“

Der Gesamtvorstand des Bundes schlägt also der Generalversammlung der Unternehmer die Bildung eines Kriegsschages von einer Million Mark vor, die beim Ablauf des jetzigen Vertrages im Jahre 1913 beizumennen sein und vom Vorstand des Bundes verwaltet werden soll. Dazu kommen noch die Kasseeinbehalte der Bezirksverbände, die nach der „Baugewerkszeitung“ „vielfach sehr erheblich“ sind, wenn sie auch allein den Ansprüchen nicht gewachsen seien, die ein moderner Massenkampf an sie stelle. In der Unternehmerpresse wird mit Nachdruck für den Kriegsschag gearbeitet, und es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Hauptversammlung der Unternehmer den Beschluß des Bundesvorstandes gutheißt.

Begründet wird die Bildung des Kriegsschages vom Bundesvorstand damit, daß sich ein so großer Verband, wie der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, bei den kommenden Kämpfen auf die Unterstützung durch eine Streikentschädigungskasse nicht verlassen könne, um so weniger, da den Beteiligten an solchen Kassen kein Rechtsanspruch zustehe und die Auszahlung der Entschädigung, wenn überhaupt, so erst am Jahresschluß erfolge. Ferner sei auf eine ausreichende Unterstützung durch andere Unternehmerverbände in Form von Beihilfen, selbst wenn große Verpflichtungen gemacht würden, in der Praxis nicht zu rechnen. Die soeben benannte Ausperrung habe gezeigt, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe kaum wieder einen großen Kampf führen dürfe, wenn er, statt mit einem bestimmten, frei verfügbaren Kriegsschag rechnen zu können, nur das Recht erhalte, mäßige Unterstützungen aus einem recht langsam von den industriellen Verbänden zusammengebrachten Unterstützungsfonds von ein paar hunderttausend Mark zu zahlen. Mit der Annahme solcher Gelder übernehme der Bund auch die moralische Verpflichtung, die Industrie gegebenenfalls nach Kräften zu unterstützen. Würde er das können und wollen?

Lue er das nicht, so sei es wohl ausgeschlossen, daß die Industrie bei einem zweiten großen Kampfe im Baugewerbe nochmals einige Hunderttausend Mark herbeibringe. Auch Darlehen könnten dem Bunde von anderen Verbänden nicht in ausreichendem Betrage zur Verfügung gestellt werden, da der Bund keine Sicherheit gewähren könne und er bei der Rückzahlung der Darlehen aktionsunfähig werden würde. Deshalb dränge alles zur Selbsthilfe, und ein so kapitalkräftiges Gewerbe wie das deutsche Baugewerbe, sei durchaus in der Lage, sich allein zu helfen. Die Klugheit allein müsse jedem Unternehmer gebieten, seinen Baustein zum Julusturm des Bundes beizutragen, der die Unternehmer davor schützen solle, in Zukunft ungünstige Tarifverträge mit Lohnerhöhungen zu bewilligen, die in einer Woche mehr betrügen, als der Beitrag zum „Wehrschag“ des Bundes in einem ganzen Jahre.

Danach wissen unsere Kollegen, was sie in Zukunft vom Bunde zu erwarten haben. Mögen die vorsichtigen Unternehmer auch hundertmal beteuern, daß der „Wehrschag“ nur zur Abwehr der „unberechtigten“ Forderungen der Arbeiter dienen solle, so wird ihnen das kein Mensch glauben. Der Bund hat in diesem Jahre bewiesen, wonach sein Streben geht. Sein Ziel ist die Entrechtung und Wehrlosmachung der Arbeiter. Dieses Ziel hat er in diesem Jahre nicht erreicht; aber sein Streben nach diesem Ziel hat er nicht aufgegeben. Und weil er weiß, weil ihn der Ausgang dieser Bewegung gelehrt hat, daß er ohne große Kriegsmittel seine Pläne nicht verwirklichen kann, deshalb legt er sich unter dem harmlosen Namen „Wehrschag“ eine Kriegskasse an, die ihm die spätere Durchsetzung seiner Pläne sichern soll. Felsich tat zwar in Danzig den recht unschuldig klingenden Anspruch, Gott möge in Zukunft einen Kampf, wie den zu Ende gegangenen, verhüten; aber das bedeutet nur: Gott möge geben, daß wir die Arbeiter in Zukunft ohne Kampf niederknütteln können. Das beweist am besten sein Anspruch auf der Bundesgeneralversammlung in Halle, wo er die Delegierten aufforderte, in ihrem Heimatgau für den Zusammenschluß der Unternehmer Sorge zu tragen, damit der Bund in Zukunft keinen Frieden erzwingen könne, wie er ihn brauche. Nach alledem ist zu erwarten, daß man im Bunde in Zukunft zwar nicht mehr so große Worte machen, dafür aber desto eifriger an der wirklichen Machtvergrößerung des Bundes arbeiten wird.

Was haben wir unter diesen Umständen zu tun? Nun, das erste Erfordernis für uns ist, unsere Organisation nicht nur auf der alten Höhe und Stärke zu erhalten, sondern sie mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln weiter auszubreiten und zu festigen. Die Verschmelzung mit den Bauhilfsarbeitern wird unsern Kollegen für eine erneute und verstärkte Agitation überall reichlich Gelegenheit geben. Notwendig ist auch, daß bei der Verschmelzung selbst auf beiden Seiten alles vermieden wird, was zu Verstimmungen und Differenzen Anlaß geben könnte; denn unsere zukünftige Stärke wird wesentlich von der Einigkeit und Geschlossenheit der örtlichen Vereine und von dem guten Geist in den einzelnen Gruppen abhängen. Die Pflege dieses Geistes muß deshalb in den nächsten Jahren mit unsere vornehmste Aufgabe sein. Selbstverständlich ist es, daß in Zukunft die Beiträge von den Kollegen im Interesse der Sache gern und pünktlich bezahlt, und daß, soweit das noch nicht geschehen ist, insbesondere die aus Anlaß des diesjährigen Kampfes erbobenen besonderen Beiträge möglichst umgehend entrichtet werden müssen. Auch an die weitere Stärkung der Lokalkassen wird man in manchen Vereinen denken müssen, damit in Zukunft auch alle Zweigvereine gut gerüstet sind.

Wenn das geschieht und wenn man es auch an Aufklärung der neu zu uns kommenden Kollegen nicht fehlen läßt, dann können wir trotz der Unternehmerrüstungen ruhigen Blutes und guten Mutes die Zukunft an uns heranbringen lassen; denn dann werden wir eine Macht bleiben, an der sich der Unternehmerübermut trotz gefüllter Kassen auch in Zukunft den Schädel einrennen wird.

Organisierter Klassenkampf.

III.

Bei der schwärmerischen Vorliebe der Genossin Luxemburg für den unorganisierten Klassenkampf darf es uns kein Wunder nehmen, daß sie für die Führer der Arbeiterorganisationen desto weniger Vorliebe hat. Diese Führer, in denen sie ein Hindernis für ihre Propaganda erblickt, liegen ihr schwer im Magen und es gibt kaum irgendeine Bosheit, die diese sonst so liebenswürdige Genossin nicht vom Stapel läßt, wenn sie von ihnen spricht. Zunächst beschränkte sie sich darauf, die Gewerkschaftsführer mit ihrer bitteren Laune zu betrüffeln, dann nahm sie sich auch den Parteivorstand vor und schließlich behandelt sie jeden Führer als einen Trottel und jede Zeitung, die mit ihrer Agitationsweise nicht einverstanden ist, als ein Verblödingsorgan. Genosse Kautsky und das Zentralorgan, der „Vorwärts“, wissen davon zu erzählen; ersterer hat die größte Mühe, sich der zudringlichen Angriffe seiner Freundin zu erwehren und letzterer spricht von einem Luxemburgischen Angriff, „der durch seine Maßlosigkeit, Ueberhebung und Bosheit selbst uns übertrifft, die wir bei der Genossin Luxemburg an starken Tabak gewöhnt sind“. Wenn es ein Trost ist, Genossen im Unglück zu haben, so wird dieser Trost nunmehr den Gewerkschaftsführern zuteil, die lange Zeit hindurch die alleinigen Objekte der Luxemburgischen Giftspieße gewesen sind.

Seit einigen Jahren reitet die Genossin Luxemburg den Massenstreik als ihr Stutenpferd, und da die maßgebenden Kreise in Partei und Gewerkschaften der Massenstreikidee kühler gegenüberstehen, so werden sie von der streitbaren Genossin mit Hohn überschüttet. „Es ist eine kindliche Vorstellung vom Massenstreik“, so sprach sie auf dem Mannheimer Parteitage, „wenn man glaubt, sein Schicksal hänge davon ab, was die Generalkommission und der Parteivorstand in stiller Kammer beschließen.“ Der Massenstreik sei eine wirkliche Volksbewegung und man gelange bei seiner Erörterung leicht zu einer Ueberhöhung der Organisationen im Klassenkampfe, während man „die Bedeutung und die politische Reife der unorganisierten Proletarierrassen“ unterschätze; der Massenstreik sei nicht etwa, wie die Gewerkschaftsführer meinten, ein Taschmesser, das man zusammengeklappert in der Tasche trage und bei Gelegenheit hervorziehe und gebrauche.

In ihrer Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ führt die Genossin Luxemburg diesen Gedanken weiter aus. Der Massenstreik sei eine Bewegung, bei der der Führer „das Dirigentenstückchen“ aus der Hand geschlagen werde. Sie tabelt den Bureaucratismus und die Enge der Auffassung, die sich bei den Gewerkschaftsbeamten finde, sie warnt vor der Ueberhöhung der Organisation und höhnt über „das offen zugelandene Ruhebedürfnis“ der Gewerkschaftsführer, die vor Massenaktionen zurückschrecken und die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes übertrieben; die geschäftsmäßige Leitung der Gewerkschaften durch Beamte verlange „eine gewerkschaftsfromme, Gesinnung der Masse“ und „einen kindlichen Glauben an das Geil des Gewerkschaftskampfes“, aber es sei höchste Zeit, daß die Masse gegenüber ihren Führern ihre Urteilsfähigkeit

und Aktionsfähigkeit zum Ausdruck bringe. Die Genossin scheint danach in dem Besuch von Demonstrationen, Versammlungen und in der Beteiligung an Straßenzumäufen einen höheren Grad von Klassenbewußtsein und eine eblere Betätigung des Solidaritätsgefühls zu erblicken, als in dem Zahlen von Beiträgen, wie z. B. bei dem letzten Kampfe im Baugewerbe, und in der gewerkschaftlichen und politischen Kleinarbeit. Da sind die Führer natürlich anderer Meinung, und deshalb wirft man ihnen Borniertheit, Beschränktheit und Bürokratismus vor. Doch sie werden auch diesen Schmerz mit Würde zu tragen wissen.

Neuerdings hat die Genossin Luxemburg in der „Neuen Zeit“ mit dem Genossen Kautsky eine lebhaft diskutierte Aufsatz über die Strategie im Klassenkampfe. Sie ging von der Auffassung aus, daß sich die proletarischen Massen in einer starken Kampfstimmung befänden und nach einem Massenstreik förmlich sehten. Diese Meinung über die Stimmung der deutschen Arbeiter hat sie aus den sechzehn großen Volksversammlungen geschöpft, in denen sie „unter stürmischem Beifall“ die Lösung des Massenstreiks ausgegeben hat. Vielleicht wäre es richtig gewesen, wenn sie ihre Kenntnis der togenen Volksseele ergängt hätte durch einen Besuch der kleineren Orte und des platten Landes; denn es will uns bedünken, daß solche Massenversammlungen in der Großstadt nicht der rechte Ort sind, wo man die Stimmung des Volkes studieren kann; man gelangt sonst leicht zu ähnlichen Selbsttäuschungen, wie sie einem Fürsten unterlaufen, der aus der Begeisterung des hurrarusenden Publikums heraus die Volksstimmung beurteilen wollte. Aber die Genossin Luxemburg kennt nun einmal die Stimmung der Arbeitermassen besser als alle andern Leute, die tagtäglich in Arbeiterkreisen verkehren, und deshalb tanzelt sie den Genossen Kautsky ab, weil er die Propagierung des Massenstreiks verhindern wolle. „Gatte Genosse Kautsky die Gefahr im Auge, daß durch meine schriftliche und mündliche Agitation die Gewerkschaftsführer auf den Plan gerufen und ihre großen Kanonen gegen die Idee des Massenstreiks aufzufahren würden, so lag in dieser Befürchtung meines Erachtens eine Ueberschätzung der Macht der Führer, die wieder nur durch die etwas mechanische Auffassung des Massenstreiks als eines vom „Generallstab“ ausgehenden und kommandierten Ueberrumpelungsplans erklärt werden kann. In Wirklichkeit sind die Gewerkschaftsführer gar nicht imstande, eine Massenstreikbewegung zu unterbinden, wenn diese sich aus den Verhältnissen, aus der Zuspitzung des Kampfes, aus der Stimmung der proletarischen Massen ergibt. Treten in solchen Situationen die Gewerkschaftsführer gegen die Bestrebungen der Masse auf, dann ist es nicht um die Stimmung der Masse, sondern um die Autorität der Gewerkschaftsführer geschehen. Tatsächlich herrscht bereits jetzt eine so lebhaftige Kampfstimmung in der Arbeiterschaft, daß das öffentliche Auftreten des gewerkschaftlichen Generallstabs im Sinne des Bremsens nichts anderes zur Folge gehabt hätte, als das Erwachen der Kritik und des Protestes in den eigenen Reihen der Gewerkschaftsgenossen. Im Interesse der „Anfeuerung zur Aktion“ konnte also nichts wünschenswerter sein, als daß die Gewerkschaftsführer endlich mit ihren „großen Kanonen“ auf dem Plan erschienen, damit man sich ihre Argumente bei Licht besehen und damit konstatieren konnte, wie sehr die Führer in ihrem Fühlen und Denken hinter den Massen zurückgeblieben sind. Daß Genosse Kautsky den Gewerkschaftsführern diese peinliche Mühe abgenommen hat, indem er selbst sich zuerst gegen die öffentliche Diskussion sträubte und, als dies vergeblich war, öffentlich auftrat, um seinerseits als Theoretiker des Radikalismus die Gedanken und das Interesse vom Massenstreik auf die kommenden Reichstagswahlen abzulenkten, das wird sicher die lebhafteste Genugtuung der Generalkommission der Gewerkschaften hervorgerufen haben. . . . Genosse Kautsky stützt theoretisch gerade jenen Geist in der Partei, aus dem heraus sich die Neigung unserer führenden Parteikreise erklärt, am liebsten Demonstrationen nur mit Organisierten zu veranstalten, jenen Geist, der die ganze Wahlrechtsbewegung als ein unter strengem Kommando der oberen Instanzen nach genauem Plan und Vorschrift ausgeführtes Manöver auffaßt, statt in ihr eine große historische Massenbewegung, ein Stück des großen Klassenkampfes zu sehen, der aus allem seine Nahrung schöpft, was den heutigen Gegensatz zwischen dem Proletariat und dem herrschenden Klassenstaat ausmacht.

Mit einem Worte, Genosse Kautsky stützt theoretisch fast die Vorurteile und Beschränktheiten in der Auffassung unserer leitenden Kreise, die ohnehin jeder größeren und kühneren politischen Massenaktion in Deutschland im Wege stehen, und die zu überwinden das dringende Interesse der jetzigen Wahlrechtsbewegung gebietet. Der wirkliche Effekt des Auftretens des Ge-

nossen Kautsky ist also nur der, daß er eine theoretische Schirmwand für die Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften geliefert hat, die sich bei der weiteren rückwärtigen Entwicklung der Massenbewegung unbehaglich fühlen, sie im Zaume halten und sich am liebsten so schnell wie möglich auf die alten bequemen Bahnen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltags zurückziehen möchten. Indem Genosse Kautsky unter Berufung auf Engels und den Marxismus diesen Elementen für ihr Vorgehen eine Gewissensberuhigung gebracht hat, hat er zugleich ein Mittel geliefert, um derselben Demonstrationenbewegung wieder für die nächste Zeit das Genick zu brechen, die er immer machtvoller gestalten möchte.

Die Genossin Luxemburg hätte sich ihre sittliche Enttäuschung sparen können. Die Gewerkschaftsführer sind „mit ihren großen Kanonen“ nicht auf dem Plan erschienen, sie haben sich vielmehr um das Reden und Schreiben der Genossin gar nicht gekümmert, sie haben sie eben reden und schreiben lassen nach Belieben. Aber trotz diesem Reden und Schreiben ist keine Massenstreikstimmung eingetreten, und nun sucht Rosa Luxemburg nach Sündenböden, denen sie die Schuld aufbürden könnte. Die Gewerkschaftsführer sind glücklicherweise aus der Schußlinie, und darum schimpft sie auf Kautsky, den „Vorwärts“ und den Parteivorstand, die der hoffnungsvollen Bewegung den Hals gebrochen haben sollen. Eine merkwürdige Logik übrigens, die man von einer so scharfen Logikerin nicht erwarten sollte. Zuerst war die Massenstreikstimmung so stark und unwiderstehlich, daß sie alle Führer beiseite schiebt und wegschmeißt, und dann flaut sie plötzlich ab, weil „die maßgebenden Kreise“ nicht mitmachen wollen. Danach scheint es, als ob die Führer doch noch einen größeren Einfluß besitzen, als es der Genossin Luxemburg angenehm ist. Der undisziplinierte, unorganisierte Klassenkampf, der ihr als Ideal vor-schwebt, entspricht eben unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland nicht mehr der Wirklichkeit, sondern nur noch den Luxemburgischen Illusionen. Darin liegt auch eine gewisse Dialektik, Genossin Luxemburg.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

II. Was durch die Lohnkämpfe erreicht wurde.

Der günstigere Ausgang der Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe findet auch seinen Niederschlag in den erhöhten Resultaten, die durch die Bewegungen in Bezug auf Arbeitszeitverlängerung, Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen erzielt worden sind.

Es wurde durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitszeiterhöhung insgesamt erreicht: eine Arbeitszeiterhöhung für 66 794 Personen in Höhe von 215 813 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 243 400 Personen im Gesamtbetrage von M 445 645 pro Woche.

Für jeden Beteiligten betrug im Durchschnitt die Arbeitszeiterhöhung pro Woche: 1905: 3 1/2 Stunden, 1906: 3 1/2 Stunden, 1907: 3 1/2 Stunden, 1908: 3 Stunden und 1909: 3 1/2 Stunden. Die Lohnerhöhung betrug für jeden Beteiligten 1905 M 2,08, 1906 M 1,86, 1907 M 1,92, 1908 M 1,55 und 1909 M 1,83. Die Durchschnittswerte des Jahres 1909 haben sich im Vergleich zu denen des Jahres 1908 gehoben, ein Resultat, das nach der wirtschaftlichen Struktur des Reichsjahres kaum erhofft werden konnte, uns aber in Bezug auf die zu erwartenden Erfolge in den nächsten Jahren als ein gutes Vorzeichen gelten kann. Es wurden dann noch außer den vorstehenden Resultaten für 136 203 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt.

Die Feinde der modernen Arbeiterbewegung pflegen unter anderem auch darauf hinzuweisen, daß der Schaden, den die Arbeiter bei Durchführung von Streiks erleiden, die Erfolge der Kämpfe weit übersteigt. Demgegenüber kann nicht oft genug betont werden, daß die bei den Kämpfen erzielten Resultate nicht von denen getrennt werden können, die auch durch die Bewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung erreicht werden. Erst von dieser Grundlage aus ist es möglich, die Erfolge der wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter richtig einschätzen zu können. Der Streik dient den Gewerkschaften nur als das letzte Mittel zur Durchsetzung berechtigter Forderungen, wenn alle andern Mittel zur Erreichung dieses Zieles versagen. Hat die Arbeiterschaft aber erst einmal zu der Waffe des Streiks gegriffen, so weiß sie auch, daß es sich dann nicht mehr allein um die Erreichung materieller Erfolge handelt, sondern auch um die Niederdringung eines Teiles jener Macht, die sich dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstellt!

Die gewerkschaftliche Streikstatistik weist seit dem Jahre 1905 nach, welchen großen Anteil gerade die friedlich verlaufenden Bewegungen an den Errungenschaften haben, und welches Moment tritt auch wieder bei den Resultaten der Bewegungen des Jahres 1909 hervor.

Von den oben angegebenen Resultaten entfallen auf die Bewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung: eine Arbeitszeiterhöhung für 49 692 Personen = 74,4 pSt. in Höhe von 168 587 Stunden pro Woche = 78,1 pSt. und Lohnerhöhungen für 178 974 Personen = 73,2 pSt. im Betrage von M 304 567 pro Woche = 68,4 pSt.

Die Resultate der Bewegungen kommen aber nicht allein in dem Erreichten zum Ausdruck, sondern auch in dem, was an beachtlichen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgewehrt werden konnte.

Es wurden abgewehrt: eine Arbeitszeiterhöhung für 4126 Personen in Höhe von 15 858 Stunden pro Woche, ferner Lohnerhöhungen für 81 479 Personen im Gesamtbetrage M 68 218 pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden abgewehrt für 46 716 Personen. Dagegen traten Verschlechterungen ein: eine Arbeitszeiterhöhung für 828 Personen in Höhe von 1408 Stunden pro Woche, ferner Lohnerhöhungen für 3952 Personen im Gesamtbetrage von M 7768 pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen traten für 2521 Personen ein.

So bedauerlich es ist, daß Arbeiter in den Zeiten ständig steigender Lebensmittelpreise noch Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen müssen, so muß doch bei dem Vergleich der vorliegenden Resultate anerkannt werden, daß die Arbeiter auch bei den Abwehrbewegungen den erheblichsten Erfolg auf ihrer Seite hatten. Es muß dieses Resultat um so höher eingeschätzt werden, als die Arbeiter bei den Abwehrbewegungen von vornherein mit ungleichwertigen Chancen zu rechnen haben. Es wäre jedoch zu wünschen, daß die Gewerkschaften in Kürze so erstarren, daß von eingetretenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr die Rede ist.

Von den Errungenschaften entfallen auf die Aussperrungen: eine Arbeitszeiterhöhung für 3589 Personen in Höhe von 10 879 Stunden; ferner Lohnerhöhungen für 17 965 Personen im Gesamtbetrage von M 37 793. Des Weiteren wurde abgewehrt: eine Arbeitszeiterhöhung für 182 Personen in Höhe von 646 Stunden, ferner Lohnerhöhungen für 2236 Personen im Gesamtbetrage von M 5188. Es trat ein: eine Arbeitszeiterhöhung für 48 Personen in Höhe von 144 Stunden, ferner Lohnerhöhungen für 194 Personen im Gesamtbetrage von M 439. Ein Vergleich der Resultate zeigt, daß auch bei den Aussperrungen die Unternehmer herlich schlecht abgeschnitten haben. Das, was an Verschlechterungen eingetreten ist, kommt gegenüber dem Erreichten und dem Abgewehrten kaum in Betracht.

Bei den Bewegungen insgesamt wurden 1913 Inzporative Arbeitsverträge für 159 628 Personen abgeschlossen. Inwiefern die Beschüsse von Tarifverträgen als Erfolge der Arbeiter zu bewerten sind, kann nur bei näherer Kenntnis der Vertragsbestimmungen beurteilt werden.

Durch die vorliegende Statistik ist der Nachweis erbracht worden, daß die Erfolge und Resultate der Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe günstiger waren, als 1908. Dieses Ergebnis ist erfreulich, jedoch kann es uns nicht vollständig befriedigen, steht doch das Errungene noch hinter dem, was in früheren Jahren erreicht wurde, zurück. Auch kann das Errungene selbst, soweit es sich um Lohnerhöhungen handelt, nur als ein Ausgleich gegenüber den Lasten angesehen werden, die durch eine unglückliche Steuerpolitik des Staates der deutschen Arbeiterschaft aufs neue auferlegt wurden. Aber gerade diese Aufbürdung neuer Lasten wird für die deutsche Arbeiterschaft, in Verbindung mit einer aufsteigenden wirtschaftlichen Konjunktur, einen mächtigen Ansporn bilden, in den nächsten Jahren umfangreiche Lohnaufbesserungen in dem Maße anzustreben, daß durch diese nicht nur ein Ausgleich in der Lebenshaltung, sondern eine Verbesserung derselben erreicht wird.

Das Ergebnis der Bewegungen des Jahres 1909 scheint uns für die erfolgreiche Durchführung künftiger umfangreicher Bewegungen ein gutes Vorzeichen zu sein. Welch ein erheblicher Unterschied besteht nicht in dem Stand der Gewerkschaften und ihren Kämpfen während der jüngsten Krisenperiode gegenüber der in den Jahren 1900 bis 1902 stattgefundenen! Wohl ist auch die jüngste Krisenzeit nicht ganz spurlos an den Gewerkschaften vorbeigegangen, sie unterbrecht doch ihr Wachstum, aber nicht in geringstem wurde ihre Aktionskraft geschwächt, dafür hat die Statistik der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen einen deutlichen Beweis erbracht.

Noch unter der ungünstigen Einwirkung einer baniederliegenden wirtschaftlichen Konjunktur und ungeachtet deren schädlichen Nachwehen, stellt sich das gewerkschaftlich organisierte Proletariat seinem wirtschaftlichen Gegner zu neuen hartnäckigen Kämpfen, die von Erfolgen für die Arbeiter begleitet sind. Wir lernen aus diesen Erscheinungen, daß in erster Linie die Gestaltung der Lebenslage des Proletariats abhängig ist von der Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Das soll uns zugleich eine ernste Mahnung sein, in nie ermüdender Tätigkeit das Proletariat in den Gewerkschaften zu vereinen. Die vorwärts drängende Zeit ruf die Arbeiterschaft auf zu neuen Kämpfen — neue Erfolge werden die Früchte dieser Kämpfe sein!

Internationaler Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge ist jedenfalls das wichtigste sozialpolitische Problem der Gegenwart. Die Nachteile, die die Arbeitslosigkeit der Arbeiter in volkswirtschaftlicher, gesundheitlicher, sittlicher und mancher andern Hinsicht anrichtet, sind unübersehbar. Das hat namentlich die wirtschaftliche Krise der Jahre 1908/09 von neuem bewiesen. Der fortgeschrittene Simonds der Sozialdemokratie auf dieses soziale Uebel hat denn auch bewirkt, daß man sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr mit diesem Problem beschäftigt. Eine Folge dieser Tatsache ist, daß eine Anzahl bürgerlicher Sozialpolitiker einen internationalen Kongreß zur Besprechung aller der Maßnahmen einberufen hat, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und deren Folgen dienen können. Zu den Einberufern gehören die ehemaligen Minister Millerand in Frankreich, Freiherr v. Bernstorff in Deutschland usw. Der Kongreß fand vom 18. bis 21. September in Paris statt. Anwesend waren etwa 40 Teilnehmer aus allen Kulturländern, sogar aus Australien, Amerika und selbst Rußland. Die Teilnehmer waren meist von Regierungen, Gemeinden oder Körperschaften geschickt. Zu den wenigen Regierungen, die

nicht vertreten waren, gehörte auch die deutsche. Sie hat damit ihre Interesslosigkeit an der wichtigen Frage am besten illustriert. Aus Deutschland waren etwa 40 Personen anwesend, meist Vertreter von Städten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war durch den Reichstagsabgeordneten Hob. Schmidt und den Redakteur des „Correspondenzblatt“, Paul Umbreit, vertreten. Die Generalkommission hat sich auch dadurch an dem Kongreß beteiligt, daß sie zwei gedruckte Berichte (Denkschriften) über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung, eingereicht hat.

Die Verhandlungen des Kongresses bestanden in Aussprachen über die Statistik, über die Lage des Arbeitsmarktes, den Arbeitsnachweis, die Arbeitslosenversicherung und die Schaffung einer internationalen Stelle zur Förderung der Arbeitslosenfürsorge. Beschlüsse wurden mit Ausnahme zum letzten erwähnten Punkt grundsätzlich nicht gefaßt. Den Vorstoß auf dem Kongreß führte Leon Bourgeois, der — wie man sagt — zukünftige Ministerpräsident Frankreichs.

In der Frage der Arbeitslosenstatistik war eine einheitliche Meinung nicht festzustellen. Die meisten Redner sprachen sich dahin aus, daß die Statistik zu generalisieren und auf ein einheitliches Schema zu bringen sei. Doch gab es auch Redner, die die Statistik für überflüssig hielten und dafür sofortige Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verlangten. Mit Recht wurde dieser Ansicht entgegengetreten, daß man doch erst die Krankheit kennen müsse, bevor man sie heilen könne. Ramentlich unser Genosse G. Ulich (Schweiz) wies darauf hin, daß die Statistik am richtigsten die Widerstandigkeiten unserer jetzigen Gesellschaftsbedingungen zeigt. Von B. K. (Vertreter der Stadt Brüssel), Silbergleit (Vertreter der Stadt Berlin) und andern wurde verlangt, die Arbeitslosigkeit zum Gegenstand fortlaufender kommunaler Erhebungen zu machen. So, wie ein Einwohner seine Wohnungsänderung melden müsse, so müsse er auch melden, ob und welche Beschäftigung er habe. Ueber die Art und Weise der Statistiken wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Allgemein war man der Ansicht, daß die gegenwärtigen Maßnahmen noch recht mangelhaft sind.

Größere Einstimmigkeit war auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung vorhanden. Die Ansichten der meisten Redner gingen dahin, daß der Arbeitsnachweis öffentlich (also für jedermann und unentgeltlich), weiter paritätisch (unter der gleichberechtigten Verwaltung von Arbeitern und Unternehmern) und schließlich nicht bürokratisch sein dürfe. Die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu der Frage legte Robert Schmidt-Berlin dar. Er forderte die Ausbreitung des Tarifwesens, um der Lohnrückfälle vorzubeugen, Einföhrung kommunaler paritätischer Arbeitsnachweise und Verbot der privaten Stellenvermittlung. Dominikus-Strasbourg forderte Zentralisierung des Arbeitsnachweises, der Minister der öffentlichen Arbeiten in Wilfordia, sogar internationale Regelung. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter spiele eine große Rolle. Ein Redner forderte die kostenlose Verbeförderung Arbeitsloser auf der Eisenbahn. Der italienische Deputierte Caprini wies auf die Ungehörigkeit deutscher Unternehmer hin, in Italien Streikbrecher zu werden. Die deutschen Legationsstellen für ausländische Arbeiter seien für die Arbeitsvermittlung sehr hinderlich. Der Leiter der englischen Arbeitsbörsen schilderte die Erfolge der verstaatlichten englischen Arbeitsnachweise. Ihre Tätigkeit mache immer mehr.

In der Frage der Arbeitslosenversicherung standen sich zwei Hauptrichtungen gegenüber, deren eine eine staatliche Versicherung auf der Grundlage des Versicherungszwanges will, während die andere die Fürsorge den Gewerkschaften überlassen und diesen öffentliche Zuschüsse antommen lassen will. (Genter System.) Den Standpunkt der deutschen Gewerkschaften legte Paul Umbreit dar. Die Arbeitslosenversicherung könne ohne die Mithilfe der Arbeiterorganisationen nicht geregelt werden. Von den verschiedenen Systemen könne zurzeit nur das Genter in Frage kommen. Keine öffentliche Versicherung lasse den Arbeitern jebiel Spielraum wie diese Einrichtung; keine Versicherung könne eine so gern ertragene Kontrolle ausüben wie die Gewerkschaften. In Deutschland wäre eine Arbeitslosenversicherung auf großer Grundlage am frühesten durchführbar. Dr. F. a. u. Berlin hält eine Regelung der Einwanderung ausländischer Arbeiter auf internationaler Grundlage für unerlässlich. Dr. Zacher-Berlin will vor allem vorbeugende Maßnahmen, wozu er auch volkswirtschaftliche Gesetze (wie Zolltarife usw.) zählt. Goldschmidt, Vertreter der deutschen Christlich-Sozialen Gewerkschaften, will ebenfalls eine obligatorische Arbeitslosenversicherung. Die Arbeiter seien fähig noch nicht stark genug (1), um von der freiwilligen Versicherung hinreichend Gebrauch zu machen. Dr. Winter-Brag hält eine Umgestaltung der Gesellschaftsordnung für das Richtige. — Der Vorüber hätte den Einbruch, daß auf dem Kongreß das Streben nach öffentlicher Zwangsarbeitslosenversicherung überwog.

Die Gründung einer internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde einstimmig vorgenommen. Es soll die Bestrebungen in den einzelnen Ländern zur Förderung der Arbeitslosenfürsorge zusammenfassen. Dazu soll ein ständiges internationales Sekretariat geschaffen werden. Die Mitgliedschaft können Einzelpersonen und Körperschaften erwerben. Bei der Wahl eines Komitees hierzu haben die deutschen Arbeitervertreter vorderhand eine Beteiligung abgelehnt.

Sat auch der Kongreß nicht viel greifbare Ergebnisse gezeitigt, so wird er doch zweifellos dazu beitragen, daß die Arbeitslosenfürsorge mehr als bisher erörtert wird. In diesem Sinne war er nicht ohne Erfolg und Bedeutung. F. Kl.

Albert Röske *

Am 28. September ist Albert Röske im Eppendorfer Krankenhaus zu Hamburg an den Folgen einer Operation gestorben. Ein schmerzvolles Gallensteinleiden plagte ihn schon seit Jahren; vergebens suchte er Heilung; da faßte er, nachdem er in Kopenhagen, wo er die hamburgische Parteiorganisation auf dem internationalen Kongresse vertrat, einen neuen schweren Nervenleiden erlitten hatte, den harten Entschluß, eine Operation an sich vornehmen zu lassen. An ihren Folgen ist er nun gestorben. Albert Röske war bekanntlich vom konstituierenden Verbandstage zu Leipzig in die Redaktion des „Grundstein“ gewählt. Bei der Verschmelzung am 1. Januar wäre er unser Redaktionskollege geworden. Nun hat es der rasche Tod bereitet. Der Verstorbene hat eine vielseitige Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung hinter sich. Länger als ein Jahrzehnt war er Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“; er selbst war Holzarbeiter. Später übernahm er das Amt eines Gauleiters im Holzarbeiterverbande, um bei der Verlegung der „Holzarbeiter-Zeitung“ nach Stuttgart nicht Hamburg verlassen zu müssen. Danach bekleidete er in Hamburg das Amt eines Parteisekretärs, das er im Jahre 1907 mit dem Redakteurposten am „Bauhilfsarbeiter“ vertauschte. So kam es, daß Albert Röske vom Tischlergewerbe zu uns kam. Außerdem war er in großem Umfange politisch tätig. Seit sechs Jahren war er Mitglied der hamburgischen Bürgerschaftsvertretung, wo er oft als Redner auftrat. Albert Röske hätte noch lange leben und wirken können, er war erst 54 Jahre alt, obwohl er wie ein Sechziger aussah.

Bis in die letzten Wochen seines Lebens war Albert Röske ein äußerst fleißiger Arbeiter; sein Tod ist für den Verband der Bauhilfsarbeiter ein recht schmerzlicher Verlust. Aber er hat nicht umsonst gelebt; die Spuren seines Wirkens werden noch lange erhalten bleiben, und das sichert ihm bei allen, die ihn näher kannten, ein langes Ungedenken.

Wirtschaftliche Rundschau.

Eine neue Generalausföhrung in Sicht. — Rentabilität und Reinvestitionen in Metall- und Maschinenindustrie. — Der Arbeitsmarkt für Metallarbeiter.

Nach dem Beschluß des Ausschusses des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller soll also der Kampf auf den deutschen Märkten auf die ganze deutsche Metall- und Maschinenindustrie ausgedehnt werden. An dieser Stelle soll nur auf die wirtschaftliche Wirkung einer solchen Generalausföhrung hingewiesen werden. Wir haben im laufenden Jahre schon eine große Ausföhrung im Baugewerbe gehabt und es trat deutlich zutage, daß darunter der Handel und Wandel Deutschlands stark beeinträchtigt worden ist. Die Berliner Unternehmer machten die Ausföhrung nicht mit, weil sie die Gründe zu einem Kampfe mit ihren Arbeitern keineswegs für zwingend erachteten. Nun soll das Metall- und Maschinen-gewerbe von einer Generalausföhrung heimgegriffen, d. h. es soll mitten in dem wirtschaftlichen Erholungsprozess eine Industrie auf Wochen hinaus lahmgelegt werden, die im Produktionsprozess eine äußerst wichtige Rolle spielt. Nach den vorliegenden Nachrichten würden von der Ausföhrung etwa 400 000 Arbeiter betroffen werden. Das wären gut 25 pzt. der in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter. Allein schon die Möglichkeit eines solchen Kampfes muß eine Unruhe in das gesamte Gewerbe bringen, die gerade jetzt in der Herbstbelegung ungemein schädlich wirken muß. Geschädigt werden durch einen solchen Kampf nicht nur die Betriebe, die von der Ausföhrung betroffen werden, geschädigt werden vor allem noch andere Gewerbe, die mit der Metall- und Maschinenindustrie als Lieferanten von Rohstoffen und Betriebsmaterialien in Verbindung stehen, geschädigt wird unter Umständen die Rundschau der in Frage kommenden Betriebe, die ihre Bestellungen nicht rechtzeitig geliefert erhalten können, geschädigt werden in den Orten, wo die Zahl der Ausgeföhrten hoch ist, die kleinen Geschäftskreise, die auf den Konsum der Arbeiterklasse angewiesen sind. Also unbedeutende Kreise werden unter dem Kampfe zu leiden haben, und je größer die Ausdehnung des Kampfes wird, um so größer ist auch die Gefahr, daß

das gesamte Wirtschaftsleben, das wir in aufsteigender Richtung erblicken, eine schwere Beeinträchtigung erleidet.

Die gegenwärtige Lage der Metall- und Maschinenindustrie ist jetzt gegenüber dem Vorjahre eine merkwürdige Besserung, die sich vor allem auch in den Erträgen der Metallgesellschaften äußert. Im laufenden Jahre haben bis Ende Juli 353 Metallgesellschaften ihre Bilanzen vergleichbar mit dem Vorjahre veröffentlicht. Diese Gesellschaften verfügten über ein Aktienkapital von 991,95 Millionen Mark gegen 946,72 im Jahre zuvor. Das Aktienkapital ist demnach um 35,23 Millionen Mark gewachsen. Auf das Aktienkapital des Jahres 1908/09 wurden im nämlichen Jahre 76,45 Millionen Mark als Dividende verteilt, was einer Verzinsung von 8,1 pzt. auf den Nominalwert des Kapitals entspricht. Im Jahre 1909/10 wurden auf das erhöhte Kapital M. 82 122 000 als Dividende ausgeschüttet, was 8,3 pzt. ausmacht. Die Steigerung ist zwar nicht erheblich, aber sie deutet doch auf die Besserung hin. In den einzelnen Zweigen gestaltete sich das Verhältnis wie folgt:

	Aktienkapital		Dividende		Dividende	
	in Millionen Mark 1908/09	1909/10	in Millionen Mark 1908/09	1909/10	in Prozent 1908/09	1909/10
Eisen- und Metallverarbeitung	247,10	265,24	22,51	23,18	9,1	9,1
Maschinen	390,30	408,89	27,81	30,41	7,1	7,4
Elektrotechnische Industrie	309,32	327,82	26,12	28,53	8,4	8,7

Relativ am stärksten ist die Besserung in der Maschinenindustrie, aber auch in der elektrotechnischen Industrie zeigt sich die Aufwärtsbewegung deutlich, während in der Eisen- und Metallverarbeitung die Dividendenhöhe stabil geblieben ist. Trotz dieser langsamen Besserung ist die Unternehmungslust in Metall- und Maschinenindustrie während des laufenden Jahres auffallend matt. Die Reinvestitionen, und zwar sowohl die Neugründungen als die Kapitalerhöhungen, sind zusammen niedriger als je in einem Jahre seit 1906. Denn es betrug die Summe der Reinvestitionen für die ersten acht Monate, soweit es sich um Metallgesellschaften und Gesellschaften m. b. H. handelt, in Millionen Mark:

Jahr	Neugründungen	Kapitalerhöhungen	Reinvestitionen
1906	47,35	36,58	83,88
1907	69,98	77,77	147,75
1908	62,85	47,78	110,58
1909	68,86	42,58	111,44
1910	43,95	39,99	83,94

Für Neugründungen waren die Anforderungen in diesem Jahre niedriger als in allen aufgeführten Jahren, während die Kapitalerhöhungen wenigstens gegen 1906 eine Steigerung zeigten. Möglich, daß diese geringe Unternehmungslust mit der Verwertung des in der Metall- und Maschinenindustrie verbundenen Kapitals an der Börse zusammenhängt. Die Kurse stehen im Verhältnis zu der Besserung der Erträge schon zu hoch, so daß vom Standpunkt des Geldmarktes der Anreiz zu Anlagen nicht besonders stark ist. Auf der andern Seite wirkt aber jedenfalls auf die heutige Unternehmungslust abdämpfend der Umstand mit, daß in den beiden unglücklichen Jahren 1908 und 1909 die Reinvestitionen relativ sehr stark waren.

Auch die Lage des Arbeitsmarktes für Metallarbeiter bringt die Besserung gegen 1909 deutlich zum Ausdruck, wenn auch herabgehoben werden muß, daß die absolute Höhe des Andrangs noch als recht unbefriedigend bezeichnet werden muß. Im Juli kamen nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ auf je 100 offene Stellen für Metallarbeiter nicht weniger als 205,75 Arbeitsuchende. Im nämlichen Monat des Jahres 1909 waren es allerdings noch 318,14 gewesen. Nach der Berufsauscheidung des „Reichsarbeitsblattes“ stellte sich der Andrang im Juli 1909 und 1910 im einzelnen wie folgt:

	1909	1910
Metallarbeiter	573,20	225,76
Schmiede	254,54	172,29
Bauhilfsarbeiter	407,63	282,61
Blechner, Installateure	201,74	176,69
Sonstige Eisenarbeiter	501,81	307,39
Maschinenschlosser, Mechaniker usw.	557,55	391,58
Elektrotechniker, Monteur	357,89	270,97

Sehr stark hat gegenüber dem Vorjahre der Andrang der Metallarbeiter im engeren Sinne abgenommen, während die Abnahme bei den sonstigen Eisenarbeitern und bei den Maschinenschlossern usw. zwar noch recht beträchtlich ist, aber doch nicht stark genug, um den Andrang auf den Stand des Andranges für Metallarbeiter herabzubringen.

Berlin, am 22. September 1910. Richard Calver.

Politische Umschau.

Sozialdemokratischer Sieg im Reichstagswahlkreis Frankfurt-Bebus. — Die Enttarnung der Gegner. — Straßentransporte in Berlin; ein Beitrag zu dem Kapitel Polizeigewaltverbrechen in Preußen. — Die „geistigen“ Waffen der Reaktionsäre im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. — Der Wüstingische Corpsbefehl. — Die Angst der Regierung vor dem Reichstagswahl. — Die Zukunft Schwabens. — Weitere Steigerung der Marineausgaben. — Wiederausbruch des Reichstages. Die an den Ausfall der Reichstagswahl im Kreis Frankfurt-Bebus geknüpften Hoffnungen aller wahrhaft freiheitlich gesinnten Elemente, daß bei dem ersten Wahlgange mit nur wenig Stimmen unter-

legene Sozialdemokrat Faber in der Stichwahl den Sieg über den Nationalliberalen dabontragen werde, sind in Erfüllung gegangen! Die Stichwahl, die am 26. September stattfand, ergab die Wahl Fabers mit einer Mehrheit von 172 Stimmen. Abgegeben wurden für den Nationalliberalen Winter 15 824, für Faber 15 798 Stimmen. Damit ist die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate auf 52 gestiegen; neun Wahlkreise hat die Sozialdemokratie nunmehr seit dem Abschluß der Finanzreform neu erobert! So vollzieht sich der Vormarsch der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie; Sieg auf Sieg, Schlag auf Schlag! Eindringlicher kann die Volksmeinung über das Finanzreform-Unheil, über den Lebensmittelmangel und alle andern Sünden des reaktionären Geistes nicht in die Erscheinung treten! — Es hat den Kontervoluten und Nationalliberalen nichts genutzt, daß sie zur Stichwahl mit Hochdruck arbeiteten. Von fast 3000 Mann Keferten, die noch an die Wahlurne gebracht wurden, entfiel der größere Teil auf den sozialdemokratischen Kandidaten. Er gewann gegenüber der Hauptwahl 1479 Stimmen, so daß die Sozialdemokratie gegenüber 1907 nunmehr einen Stimmengewinn von 3409 zu verzeichnen hat. Das ist ein Wahlerfolg, der, trotzdem die Majorität für den Sozialdemokraten nur 172 Stimmen beträgt, als bedeutsam anzusehen ist. Das wissen auch die Gegner, aus deren Presse natürlich wieder eine arge Enttäuschung und ein wüthender Neiger spricht: Der nationalliberale Abgeordnete Jührmann hat sich nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses sogar gegen das jegliche Reichstagsrecht ausgesprochen; er sagte, daß einem, bei diesem Wahlausfall Zweifel aufkommen müßten, ob Bismarck recht tat, als er dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gab! Diese Erklärung, die einer direkten Gegnerschaft gegen das bestehende Reichstagswahlrecht verzwweifelt ähnlich sieht, ist den Nationalliberalen höchst unbehagen gekommen, und an Demütis und „Verdichtungen“ von dieser Seite hat es daher auch nicht gefehlt.

Die Enttäuschung der Gegner über diesen Wahlausgang ist eine um so größere, als man einmal geglaubt hatte, durch den Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente die Sozialdemokratie niederzwingen zu können. Dann aber, und vor allen Dingen, hatte man die Hoffnungen auf die Budgetdebatte des Magdeburger Parteitag es gesetzt, von der man glaubte, daß sie eine „abschreckende Wirkung“ auf die „Mittläufer“ ausüben und dem Siegeszuge der Sozialdemokratie ein Ende bereiten werde. Daß das, wie die Wahl in Frankfurt-Neubau beweist, nicht eingetreten ist, macht den Reaktionen den meistenummer. Es wäre so schön gewesen, wenn man hätte erleben können, wie die Sozialdemokratie sich selbst Steine in den Weg wirft, aber es hat nicht sollen sein! Sie sind wiederum um eine Hoffnung ärmer, unsere Reaktionen! Wiederum sie die nötige Einsicht, sie würden sich solchen Hoffnungen gar nicht erst hingeben, sondern sich sagen, daß Debatten, wie die Magdeburger, deren Leidenschaftlichkeit doch gerade ein Ausdruck ist des eifrigen und heißen Bemühens aller, der guten Sache zu dienen, niemals das Vertrauen der Wählermassen erschüttern können!

Gegnerische Verleumdung und Verunglimpfung, das sind die „geistigen“ Waffen, deren man sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bedient, und die auch im Wahlkampf Frankfurt-Neubau eine Rolle gespielt haben. Aber nicht nur bei Wahlen wendet man diese schädlichen Mittel an, auch bei andern Gelegenheiten ist man redlich bemüht, der Sozialdemokratie eins anzuhängen. Das hat sich wieder einmal drastisch gezeigt bei Vorgängen — es handelt sich um Straßenkrawalle —, die sich im Laufe der Berichtswocde in Berlin abspielten. In welcher gewissenloser Weise dabei zu Werte gegangen wurde, werden wir weiter unten mitteilen. Zunächst wollen wir dieser Vorgänge selbst Erwähnung tun, bilden sie doch einen geradezu beispiellosen Skandal, der bezeichnend ist für gewisse Zustände in Deutschland.

Diese Vorgänge stehen im Zusammenhang mit einem Streik der bei der Kohlenfirma Kupfer & Co., Berlin-Moabit, beschäftigten Arbeiter, die, 141 Mann stark, am 19. September zwecks Erlangung eines höheren Stundenlohnes sämtlich in den Zustand traten. Von den Streikenden ist bislang niemand zum Streikbrecher geworden, wohl aber wurden von auswärts und aus dem Rheinland „Arbeitswillige“ herangezogen. Das provokatorisch Auftreten dieser Streikbrecher und das rücksichtslose Vorgehen der Berliner Polizei gaben dann den Anlaß zu Exzessen, an denen sich, wie immer in solchen Fällen, die aufgeregte Volksmenge und vor allem der „Janhagel“ beteiligten. Statt den Arbeitern das gesetzlich durchaus unantastbare Recht zu lassen, mit den Arbeitswilligen zwecks deren Aufklärung über die Ursachen der Bewegung in Verbindung zu treten, haben die Maßnahmen der Polizei dies verhindert. Den Arbeitswilligen gab man auf dem Gange von und zur Arbeitsstätte starke Bedrohungen. Die Polizei selbst sorgte auf diese Weise dafür, daß „etwas los“ war und ein

fortgesetztes Zusammenströmen von Volksmassen stattfand, zwischen denen und dem Polizeiaufgebot es dann zu Zusammenstößen kam. Soweit überhaupt Arbeiter dabei beteiligt waren — die Streikenden selbst hielten sich völlig fern —, gab lediglich das provokierende Auftreten der Streikbrecher hierzu die Veranlassung, die, mit Revolvern ausgerüstet, zum Beispiel mehrfach ohne jede Veranlassung auf die Arbeiter der Löwenstein-Fabrik schossen.

Das ließen sich die Arbeiter begrifflicherweise nicht gefallen; sie versuchten, den Revolverhelden die Waffe abzunehmen, mußten aber vor der Polizei flüchten, die rücksichtslos vorging, daß sie die heftigste Erbitterung hervorrief. War somit schon im Anfange das Auftreten der Polizei direkt herausfordernd, so waren deren Maßnahmen an den folgenden Tagen, die Wiederholungen der Zusammenstöße, noch viel weniger geeignet, die Ruhe wieder herzustellen. Die brutale und sinnlose Draufgängererei der Polizei ist in erster Linie Schuld an den Exzessen. An den folgenden Abenden arteten die Tumulte zu förmlichen Straßenschlachten aus. Wohl sind grobe Ausschreitungen auf Seiten radikalistischer Elemente vorgekommen, die aber stark übertrieben dargestellt worden sind, und die keinesfalls das wüste Vorgehen der Schutzmannschaft, die zeitweilig in einer Stärke von 1200 Mann zusammengezogen war, auch nur ins entfernteste rechtfertigen. „Die Flinte schließt und der Säbel haut“, — das war die Parole der Berliner „Sicherheitswächter“, die sie wohllos in die Tat umsetzten! Von einzelnen Provokanten verhöhnt und belästigt, hat sich die Polizei das Recht angemahnt, blindlings auf friedliche Staatsbürger beiderlei Geschlechts, Leute, die mit den Exzessen nicht das geringste zu tun hatten, und unfälligen Beschimpfungen derselben dreinzuhauen und zu schießen. Dabei konnten Hunderte von Verwandungen, teilweise sehr ernster Natur, selbstverständlich nicht ausbleiben. Daß nicht noch größeres Unheil angerichtet wurde und Menschenleben zu beklagen sind, ist loblich dem Zufall zu danken; denn es sollen sich — und zwar gerade nach den polizeiförmigen Darstellungen der bürgerlichen Presse — geradezu tolle Szenen abgespielt haben. So soll die Polizei in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch blindlings 163 scharre Schüsse aus ihren Bröuningpistolen abgegeben haben. Sogar auf Fenster, die nicht sofort auf Zuruf geschlossen wurden, ist geschossen worden; man feuerte durch Haustüren in die Hausflure, aus dem Hausflur in die Etagen! Diese ungeheuerliche Schießerei wird damit entschuldigt, daß sich aus fast allen Fenstern ein Hagel von Steinen, Töpfen und andern Wurfgeschossen aller Art auf die vordringenden Schutzleute entladen habe. Die geringfügigen Verletzungen der Polizeimannschaften aber beweisen, daß von dieser Behauptung das allerwenigste wahr ist. Tatsache ist nur, daß dies Beschießen von Häusern, ebenso wie die Säbelattaden auf harmlose Straßenpassanten zur Folge hatten, die Empörung der Bevölkerung ins Maßlose zu steigern! Wie die Polizei gekauft hat, erhellt auch daraus, daß sogar vier ausländische Journalisten, die im Automobil die Gegend der Exzesse durchfahren, unsere gepriesene preussische Kultur in Gestalt von Polizeisäbeln zu kosten bekamen und zum Teil schwere Verwundungen dabontrugen. Herr v. Jagow, der Berliner Polizeipräsident, hat sich bei den Journalisten entschuldigen lassen — eine Rücksicht, deren sich deutsche Staatsbürger nicht zu erlauben haben!

Nach tagelangen Krawallen ist dann gegen Ende der Woche wieder Ruhe in Moabit eingetreten. Hätte die Schutzmannschaft nicht so blinbütend getobt, so wären diese Ständlungen gar nicht möglich gewesen!

Und nun die Scharfmacherpresse! Ihr Eifer, die nächtlichen Exzesse ins Maßlose zu steigern und sie in einen regelrechten Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken umzuflügen, wurde nur noch überboten durch das Bemühen, die Schuld an diesen Vorgängen und die Verantwortung für sie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft resp. den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben! Es ist erwiesen, daß die Streikenden an den Exzessen überhaupt nicht beteiligt waren; der „Vorwärts“ erklärte der Wahrheit gemäß, daß die Sozialdemokraten an den ganzen Vorgängen nicht im geringsten beteiligt seien; der „Berliner Lokalanzeiger“ selbst schrieb, daß diese ganzen Tumulte mit irgend einer politischen Parteibewegung selbstverständlich nicht das mindeste zu tun hätten; ein Polizeimajor sogar, der die Aktion leitete, erklärte, daß bei den nächtlichen Exzessen wirkliche Arbeiter oder Streikende wenig oder gar nicht beteiligt gewesen seien, der „Janhagel“ habe durchweg, die „Ansammlungen gebildet“, in demselben Sinne äußerte sich auch die „Tägliche Rundschau“, — das alles aber hat das Scharfmachertum nicht abgehalten, die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie offen oder verhehrt für die Vorgänge verantwortlich zu machen! Wätter wie die „Poh“ und „Deutsche Tageszeitung“ meinten, den Moabiter Arbeiter „müsse doch wegen ihrer

Gartnäckigkeit und ihrer wachsenden Lebhaftigkeit eine Organisation zugrunde liegen; die „Poh“ verlangte weiter den Belagerungszustand und der „Reichsbote“ rief nach Maschinengewehren. Die „Deutsche Tageszeitung“ machte auch die niederträchtige Bemerkung, daß die Kerntuppen der Moabiter Aufrührer aus wachsenden Sozialdemokraten beständen; daß die Sozialdemokratie nicht nur der moralische und intellektuelle Urheber der Schandtaten ist, sondern daß es direkt ihre Truppen seien, die in Moabit ein regelrechtes kriegerisches Mäand abhalten!“ Auch gegen den Transportarbeiterverband richtete sich die Verleumdung der bürgerlichen Presse. In der „Berliner Morgenpost“ wird der Verband als ein „Organisations-Konglomerat allerhand unsichere Kantontisten und Gelegenheitsarbeiter“ hingestellt.

Die Tatsache, daß das Scharfmachergesindel auf dem tiefsten Tiefstande politischer Moral angeht, zeigt sich eben auch hier wieder. Eine eigentliche Widerlegung verdienen derartige Unwürde nicht, wohl aber ist es gut und notwendig, immer wieder nachdrücklich darauf hinzuweisen, wie sich jene Elemente nicht entblöden, sich der schamlosesten Mittel im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung zu bedienen! Und was die jüngsten Gelbattaten der preussischen Polizei angeht, durch die abermals die Herrschaft brutaler Polizeiwillkür dokumentiert wird, so sind diese ganz dazu angetan, viele tausende Staatsbürger, die bislang von der Vortrefflichkeit unseres öffentlichen Sicherheitsdienstes überzeugt waren, gründlichst eines Besseren zu belehren! Die nächsten Reichstagswahlen werden ja zeigen, wie das Volk über das Säbelregiment preussischer Klassenherrschaft denkt!

Nach einer Erklärung für das tolle Treiben der Berliner Polizei braucht man nicht zu suchen. Diese beispiellosen Vorgänge sind die Frucht des ganzen reaktionären Geistes in Preußen-Deutschland, der als erstes Gebot den „Kampf gegen den inneren Feind“ auf seine Fahne geschrieben hat. „Kampf gegen den inneren Feind“, die Sozialdemokratie, nicht nur mit „geistigen“ Waffen (das heißt Verleumdung), sondern eventuell auch mit Waffengewalt. Wie sehr gewisse Kreise gerade mit der Möglichkeit eines Bürgerkrieges rechnen, das zeigt zur Genüge jener Korpsbefehl des früheren kommandierenden Generals v. Bissing, der auf dem Magdeburger Parteitag ans Licht gezogen wurde und über den wir bereits in voriger Nummer unseres Blattes an anderer Stelle berichteten. Inzwischen sind weitere Teile dieses Erlasses bekannt geworden, von denen wir noch einige herausgreifen. Es heißt da:

„Unter keinen Umständen dürfen höhere oder niedere Befehlshaber auf Unterhandlungen mit Aufständischen eingehen, es gibt nur eine Bedingung: Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade.“

Eroberte Stadtteile sind genau abzufuchen, Gefangen sofort nach auswärts abzuführen, falls sie nicht sofort an Ort und Stelle vor die Kriegesgerichte gestellt werden. Alle Häufelrührer oder Wer mit den Waffen in der Hand gefangen, sind dem Tode verfallen.

Die volle Strenge des Gesetzes ist unbarbarisch anzuwenden.“

Also äußerste Rücksichtslosigkeit in jeder Beziehung. Es ist gut, daß der Erlass bekannt geworden ist, zeigt er doch, daß für den „Kampf gegen den inneren Feind“ alle Vorbereitungen getroffen sind. Aber unsere „Schüter von Thron und Altar“ werden nicht dazu kommen, ihre strategischen Künste im Straßentampfe praktisch zu verwerten: das Proletariat ist nicht so töricht, sich den Wodwaffen seiner Feinde auszuliefern!

Den herrschenden Klassen und Parteien ist das Bekanntwerden dieses Erlasses sichtlich unangenehm, liefert doch auch er wieder der Sozialdemokratie zu dem überdies schon reichlichen Agitationsstoff weiteres wertvolles Material. Man versteht, daß der Gedanke an die kommenden Reichstagswahlen unsere Reaktionen scharf verzwweifeln läßt, kommt doch gerade jetzt alles zusammen, was geeignet ist, die Herrlichkeit Preußen-Deutschlands in hellster Glorie erstrahlen zu lassen: Die Wirkungen der Finanzreform im allgemeinen, die Fleischsteuerung im besonderen, die Proklamierung des persönlichen Regiments und des Gottesgnadentums, die Polizeifabelherrschaft, die Straßentampfsstrategie! Die innerpolitischen Verhältnisse erfüllen aber nicht nur die bürgerlichen Parteien mit banger Sorge vor dem, was kommen wird, auch der Regierung schwant nichts Gutes. Das kommt zum Ausdruck in einer Rede, die der Staatssekretär Delbrück kürzlich in einer Sitzung der Reichsversicherungsordnungs-Kommission hielt. Er erklärte, daß die verbündeten Regierungen das größte Gewicht darauf legen, die Vorlage noch in der gegenwärtigen Session verabschiedet zu sehen, und zwar

nicht einzelne Teile, sondern das ganze Geseh." Die Reichsversicherungsordnung wird, das läßt sich schon heute sagen, in keiner Weise den berechtigten Wünschen und Interessen weiter Volkstreu entgegen. Herr v. Delbrück fürchtet daher offenbar, daß er mit der Vorlage, wenn sie nicht noch vor dem jetzigen Reichstage verabschiedet wird, im nächsten Reichstage Schiffbruch erleidet!

Zu allem Ungemach sind nun auch noch Mitteilungen über das „teure“ Südwestafrika veröffentlicht worden, wonach der Diamantensegen seinem Ende entgegen zu gehen scheint. Gouverneur v. Bennigsen veröffentlichte das Resultat seiner Beobachtungen an Ort und Stelle in einer Reihe von Wäutern. Er legt dar, daß man den Segen weit überschätzt habe. Die Gesteinskosten pro Karat, die mit M 3 bis M 4 angenommen wurden, stellen sich demnach in Wirklichkeit auf M 8 bis M 10. Aber auch die angenommene Förderung wird nicht erreicht werden. Wenn diese Befürchtungen zutreffend sind — und das scheinen sie zu sein —, dann wird es nicht lange dauern und in Südwest stellt sich wieder das graue Elend ein! Der wirtschaftliche Zusammenbruch kann dann nicht ausbleiben, und er wird um so schlimmer sein, je größer die Spekulation war. Die vielen Millionen, die man in kolonialpolitischer Begeisterung für Südwestafrika bewilligte, werden dann zum Fenster hinausgeworfen worden sein.

Ebenso erbaulich wie die Nachrichten über Südwestafrika sind die Mitteilungen von einer bevorstehenden weiteren Steigerung der Marineausgaben. Nach dem neuen Etatsvorschlag für die Marine, der jetzt dem Reichsamt zur Prüfung vorliegt, soll nach dem „Berliner Tageblatt“ die Etatsstärke der Marine eine beträchtliche Vermehrung erfahren. Im Jahre 1910 betrug die Etatsstärke 57 170 Mann, im kommenden Etatsjahr soll sie auf über 60 000 Mann gebracht werden. Diese Verstärkung wird damit begründet, daß die neuen Schiffe größer sind als die früheren und daß deshalb auch die Besatzung eine stärkere sein müsse. Außerdem ist in Helgoland eine neue Matrosen-Artillerieabteilung aufgestellt worden, und ferner sind auch mehr Mannschaften nötig für die größere Zahl von Torpedobooten, die im letzten Jahre in Dienst genommen worden sind.

Bei den Forderungen für Flottenbauten weist man wohlweislich immer nur auf die Notwendigkeit der Schaffung größerer Xppis hin. Daß in demselben Maße die Zahl der benötigten Mannschaften größer wird, erwähnt man nicht. Das kommt erst immer hinterher.

Natürlich bleibt der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages, die die größeren Schiffe bewilligt hat, gar nichts anderes übrig, als nun auch die vermehrte Anzahl der Mannschaften zu bewilligen. So treibt ein Stein den andern; die deutschen Steuerzahler aber dürfen die Bede bezahnen!

Wie verlautet, soll der Zusammenritt des Reichstages, der durch kaiserliche Verordnung bis zum 8. November vertagt worden ist, erst später erfolgen. Zuerst war beabsichtigt, den Wiederzusammentritt am 15. November erfolgen zu lassen. Da aber auf den folgenden Tag, den 16. November, der Ruß- und Wettag fällt, der die Reichstagsarbeiten sofort wieder unterbrechen würde, so ist nach der „Freisinnigen Zeitung“ anzuschließen, daß für den Wiederbeginn der parlamentarischen Session Dienstag, der 22. November, bestimmt wird.

Das bedeutet eine erhebliche Einschränkung der Arbeitszeit des Reichstages, unter der die gründliche Erledigung wichtiger Arbeiten natürlich leiden muß.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Asohaffenburg (Sperrung über die Firma Johann Dietrich in Lehr a. M.).
- Bad Orb (Streik).
- Barmen-Elberfeld (Sperrungen über die Firmen Vöpel in Cockschof bei Wülfrath, Husemann in Neviges und Sandfort in Tönisheide).
- Berlin (Sperrung über den Bau der Firma Martini-Nowawes in Wannsee, Schäferstrasse).
- Bramsche (Streik).
- Bublitz (Aussperrung).
- Darmstadt (Sperrung über Val. Hofmann in Griesheim).
- Hagen (Sperrung über das Kalkwerk Letmathe).
- Holmbrechts b. Hof (Streik).
- Laage (Streik).
- Memel (Sperrung über Paul Behrendt).
- Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhlshüttel).
- Podajuch (Sperrung über Rich. Kleinko und Wald. Berg in Podajuch, Horm. Koch in Finkenwalde, Albert Köckelmann in Klütz und Aug. Saack in Retzowfeld).
- Rendsburg (Sperrung über die Baugeschäfte in Duvendstedt).
- Salzungen (Differenzen).
- Soden-Salmünster (Sperrung über Ruppel & Klingenberg).
- Westorland a. Sylt (Sperrung über die Arbeiten der Firma Matthiesen).
- Worpswede b. Bremen (Streik).

Fliesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperrung über C. Lenz).

Isolierer und Steinholzleger:

Bremen (Differenzen).

Dresden (Sperrung über Grützweg & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Oesterreich:

Hallein, Schwochat, Strakonitz.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Nürnb., Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshafen haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Zugung tüchtiger Verbandskollegen wünscht der Zweigverein Bochum. Arbeit wird auf dem Bureau, Biemelshäuserstr. 38a, nachgewiesen.

Der Maurerkalender für 1911.

Ist fertiggestellt, so daß der Versand mit der nächsten Nummer des „Grundstein“ beginnen kann. Er erscheint in diesem Jahre reichlich vier Wochen später als in den Vorjahren, was seinen Grund in der durch den Kampf in diesem Jahre eingetretenen Arbeitsüberlastung des Bearbeiters hat. Der Umstoß und Umfang des Kalenders bleibt wie bei den früheren. Von dem Inhalt dürfte unsere Kollegen besonders eine Abhandlung über das Verbandsaufbau mit einigen Bildern vom Architekten des Baues, Herrn U. Krüger, interessieren. Von dem weiteren reichhaltigen Inhalt führen wir nur noch eine sehr lehrreiche Abhandlung über das Wesen der modernen Baukunst von Herrn Architekt August Zeh und eine gedrungene Zusammenfassung über den diesjährigen Kampf im Bauwesen an. Auch die zahlreichen wissenschaftlichen Notizen sind wieder im Kalender enthalten. Wägen nun unsere Kollegen ihre Bestellungen umgehend machen, damit die Auflage des Kalenders endgültig festgestellt werden kann.

Neue Kampfmittel.

Die Anregungen des Kollegen Gerike in Nr. 38 des „Grundstein“, uns durch Einführung einseitiger Arbeitsnachweise, die durch die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wirkungsvoll gemacht werden müßten, ein neues Kampfmittel zu schaffen, sind zweifellos von großer Bedeutung, was allein schon durch die Beweise zeigt, daß die Unternehmer alles versuchen, um die Arbeitsnachweise in ihre Hände zu bekommen. Diese Aufgabe sollte den Kollegen zu denken geben und ein Anlaß zur reiflichen Diskussion der Frage sein. Ohne Arbeitslosenunterstützung würde dem Arbeitsnachweis allerdings die Zugkraft fehlen. Was wir durch den Arbeitsnachweis erreichen wollen, ist der Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten, die wohl die meisten unserer Kollegen an eigener Leibe erfahren haben. Gerade beim Arbeitsnachweis bekommt man die ganze Brutalität des Unternehmertums zu spüren, und wer wochen- und monatelang bis zur Verzweiflung durch die Straßen geht, der wird wissen, welcher großer Wert einerseits auf die Arbeitslosenunterstützung gegründeten Arbeitsnachweis zukommt. Die Opfer einer verkehrten Produktionsweise an den Staat zu bezahlen, wäre heller Unsinn; denn der Klassenstaat hat für sie nichts übrig. Liegt es die Verwirklichung der Vor schläge des Kollegen Gerike ganz besonders im Interesse der arbeitslosen Kollegen — und wer von uns wäre nicht zeitweise arbeitslos? —, so liegt sie nicht minder im Interesse der arbeitenden Kollegen selbst, für die eine große Zahl Arbeitsloser immer eine gewisse Gefahr ist. Andere Organisationen haben das schon längst erkannt und ihre Organisationen demgemäß ausgebaut, ohne daß sie deshalb, wie von vielen befürchtet wurde, ruiniert worden sind; im Gegenteil sind sie heute stärker als vorher. Dies würde auch bei uns eintreten; denn bei uns versteht man ja in dieser Beziehung sehr gut zu wirtschaften. Die nötigen Mittel würden unsere Kollegen ebenso aufbringen, wie die Mitglieder anderer Organisationen, weil sie wissen, daß diese Mittel außerordentlich segensreich wirken würden. Ich bin überzeugt, daß alles Sträuben gegen die Vor schläge des Kollegen Gerike auf die Dauer unfruchtbar sein wird; denn es werden immer mehr Kollegen ihre Stimmen für diese Vor schläge erheben. Die Verhältnisse sind klarer als vor, sie haben schon manchen vom Saulus zum Paulus gemacht, und so wird es auch bei dieser Frage geben. Von heute auf morgen wird ja das Arbeitslosenunterstützungsproblem nicht zu lösen sein; aber deswegen dürfen wir uns doch heute schon um seine Lösung bemühen; denn wenn wir langsam und sicher vorwärts gehen, so kommen wir auch zum Ziel. Das, was Kollege Gerike für Berlin anführt, trifft wohl meistens für die meisten Städte zu, und ich bin überzeugt, daß unsere Kollegen in den meisten wie in den größten Städten ein Interesse an der Regelung dieser Frage haben. Die Kollegen sollten deshalb die Frage in den Versammlungen diskutieren, und es wäre wünschenswert, daß dies auch die Bauhilfsarbeiter täten, damit die Frage allmählich reif zur Lösung wird.

Telegraphiert und gelogen.

Am 28. September konnte man in den Telegramm- und Zeitungen folgende Alarmnachricht genießen:

Düsseldorf, 27. September. (Privat-Telegramm.)

150 Maurer und Bauhilfsarbeiter der Firma Franz Schlüter, Dortmund, die in Ratingen bei Düsseldorf einen Erweiterungsbau an der Rheinischen Spiegelglasfabrik ausführen, beschloßen gestern abend in einer Versammlung den Ausstand, falls die Firma weiter die Gewährung einer Lohnsteigerung ablehne und die wegen dieser Forderung bereits entlassenen Arbeiter nicht wieder einstelle. Nach der Versammlung kam es zu einem blutigen Kampf mit den am gleichen Bau beschäftigten 200 Italienern, die an der Versammlung nicht teilgenommen hatten. Das Messer

spielte dabei eine große Rolle. Zwei der Beteiligten sind tödlich, eine ganze Anzahl mehr oder weniger schwer verletzt. Die Polizei mußte mit der blauen Waffe einschreiten und zahlreiche Verhaftungen vornehmen, bis die Ruhe wieder hergestellt werden konnte.

Zufällig war gerade ein Mitglied des Verbandsvorstandes in dieser Zeit in Düsseldorf gewesen. Der wird uns wohl sagen können, was Wahres an dieser Geschichte ist, dochten wir. Aber wunderbar, der Kollege hatte von diesem Vorfall nichts vernommen. Darauf wendeten wir uns nach Düsseldorf an unsern Zweigvereinsvorstand. Der schreibt uns jetzt:

Wertes Kollege!

Die betreffende Notiz ist eine Schwindelmär, an der ganzen Sache ist fast nichts wahr. Die Angelegenheit verhält sich folgendermaßen:

Die Firma Schlüter zahlte den an dem betreffenden Bau beschäftigten Maurern, Zementleuren, Einschälern und Hilfsarbeitern im allgemeinen 5/3 und mehr zu wenig Stundenlohn.

Auf Aufforderung der Gewerkschaften wurde wohl die elfstündige Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden verkürzt, aber der Lohn wurde nicht erhöht. Es fand darauf eine Versammlung der am Bau beschäftigten Arbeiter statt, woran leider die italienischen Arbeiter, abgesehen von einer kleinen Ausnahme, nicht teilnahmen.

In der Versammlung wurde die Sperrung über die Firma beschlossen. Die Arbeitseinstellung erfolgte einmütig, also auch sämtliche italienischen Arbeiter legten die Arbeit mit nieder. Ein Streit zwischen den Arbeitern hat weder an der Baustelle noch auch an irgendeiner andern Stelle, weder nach der Versammlung noch an einem andern Tage stattgefunden. Selbst die Firma Schlüter, bei der wir uns sofort erkundigten, als wir das Telegramm, das aus Hirsch's Depeschensbureau stammt, lasen, erklärte uns, daß auf der Baustelle kein Streit vorgekommen sei.

N.B. Die Sperrung endete nach eintägiger Dauer mit vollem Erfolge.

Es wird gelogen, so wird die Arbeiterschaft besudelt. Wenn man schon in einem solchen Falle, wo die Wahrheit so leicht zu ermitteln ist, so dreist schwindelt, was mag da alles über den großen Insug in Mosbit zusammengelogen worden sein!

Deutscher Bauarbeiterverband.

Flugblatt.

Den Gau- und Zweigvereinsvorständen der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter hiermit zur Kenntnis, daß wir uns in Sachen der Verschmelzung usw. in einem Flugblatt an die Mitglieder wenden wollen.

Die Verbreitung — nur an Verbandsmitgliedern — soll erfolgen mit den Verbandsorganen Nr. 43 am Sonnabend, 22. und Sonntag, 23. Oktober d. J. Die Zweigvereine erhalten das Flugblatt spätestens mit Nr. 43 der Verbandsorgane zugesandt. Jeder Verband übernimmt die Verbreitung für seine Mitglieder.

Die Gau- und Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die zur Verbreitung des Flugblattes erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

J. A. Th. Bömelburg, G. Behrendt.

Bekanntmachungen der Gewerkschaften.

Gau 3 (Stettin).

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 37 der Verbandsorgane berufen wir hiermit die konstituierende Gaukonferenz zum Sonntag, 27. November, vormittags 9 Uhr, nach dem Gewerkschaftsbaus, Große Oberstraße 18 bis 20, in Stettin ein.

Der Gau 3 umfaßt die ganze Provinz Pommern. Alle in Pommern liegenden Zweigvereine beider Verbände sind verpflichtet, auf Grund der bisherigen statutarischen Bestimmungen Delegierte zu entsenden. Die Delegierten haben sich durch Mitgliedsbuch nebst Streifenkarte 1910 und durch ein vom Zweigverein auszufüllendes Mandat zu legitimieren.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: In den getrennten Tagungen: 1. Bericht des Gauverbandes; 2. Anträge. Für die gemeinsame Tagung: 1. Der Deutsche Bauarbeiterverband; 2. Konstituierung des Gaus; 3. Anträge. Alles Nähere durch Zirkular.

Wir ersuchen, die Wahlen sofort vorzunehmen und die Namen der Gewählten dem in Betracht kommenden Gauvorstand mitzuteilen.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

J. A. Wilh. Schauer, Stettin, König-Albert-Straße 28, 1. Et.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der bau-gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

J. A. Reinhold Richter, Stettin, Lorneyer Straße 1, pari.

Gau 18 (München).

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Nr. 37 unserer Fachorgane teilen wir hierdurch mit, daß der konstituierende Gau-tag Sonntag, den 13. November, vormittags Punkt 10 Uhr, in München stattfindet. Die Maurer tagen zunächst im Gasthof „Zum Högerrän“, Thal 75/1, die Bauhilfsarbeiter im Gasthof „Zum Schlichter“, Thal 74/0. Die gemeinschaftliche Tagung wird im Konzerthaus „Zentralhalle“, erster Stock, abgehalten und beginnt nachmittags 3 Uhr.

In den getrennten Sitzungen wird der Bericht der bisherigen Gauvorstände gegeben. Die Tagesordnung der gemeinsamen Tagung lautet: 1. Der Deutsche Bauarbeiterverband, 2. Konstituierung des Gaus, 3. Anträge.

Lebenslage der italienischen Kollegen zu haben, wenn er seine Pläne mit dem Beitragswesen verwirklicht hat. Nicht uninteressant ist, was der Bericht über die italienische Auswanderung sagt; wir lassen es hier folgen:

Durch die eigentümlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens gezwungen, wandern jährlich beim Beginn des Jahres mehrere Hunderttausende von Arbeitern nach Deutschland, Frankreich, Desterreich und der Schweiz aus. Sie sind zum größten Teil Maurer, Bauhilfs- und Erdarbeiter und kehren im späten Herbst mit ihren Ersparnissen nach der Heimat zurück. Bis vor wenigen Jahren waren die Auswanderer vollständig auf sich selbst angewiesen. Kein Mensch kümmerte sich um sie. Sie kamen in den Ausnahmefällen in die Heimat zurück, um den einheimischen Kollegen, nicht die geringste Abnung von den Pflichten eines Massenbewusstseins Arbeiters; Solidarität war ein unbekanntes Wort für sie. Die Folgen dieser Unwissenheit waren, daß die Italiener bei jeder Lohnbewegung brauchbare Werkzeuge der Unternehmer waren. Manden Streik haben die deutschen Kollegen wegen des Verhaltens unserer Auswanderer verloren. Die Deutschen griffen als erste zur Selbsthilfe, indem sie eine Agitationszeitung in italienischer Sprache ausschließlich für die Auswanderer gründeten. Wir haben ihnen nach besten Kräften. 1902 gingen wir an, jeden Winter die Heimatsorte der Auswanderer zu besuchen und agitierten eifrig gegen den Streikbruch, für die internationale Solidarität und für die Organisation; die deutschen Kollegen standen uns mit ihrer finanziellen Unterstützung bei. Die Arbeit war schwer, aber heute können wir mit Genugtuung sagen, daß die italienische Auswanderung keine Gefahr für die ausländischen Genossen mehr bildet. Mehrere tausend Italiener sind in den deutschen Gewerkschaften organisiert; die übrigen, wenn sie auch der Organisation noch fernbleiben, stellen sich im großen und ganzen nicht mehr den Unternehmern als Streikbrecher zur Verfügung. Ihr Verhalten während der diesjährigen großen Bauarbeiterausperrung in Deutschland gibt einen Beweis hierfür. Noch ein paar Jahre emsiger Arbeit und dann — hoffen wir — wird es keine Ursache zur Beschwerde mehr geben.

Der Anfang der Maurer- beziehungsweise der Bauarbeiterorganisation in Kroa tien fällt zusammen mit der Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die erste Mafsteier im Jahre 1890 brachte ein Erwachen der Arbeiterschaft und bestimmte Kämpfe der Arbeiter auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Das erste Decennium zeigte alle Merkmale einer jungen Arbeiterorganisation: ein Anwachsen der Mitgliederzahl vor den notwendig werdenden Bewegungen, Streiks usw. und ein Einfließen der Mitgliederzahl nach Beendigung der Kämpfe. Erst das Jahr 1900 brachte die feste Grundlegung der gegenwärtigen Organisation der Bauarbeiter.

Der besonderen Aufmerksamkeit der Behörden war unsere Organisation jederzeit sicher, und die Geschichte ist nicht arm an Verfolgungen und schweren persönlichen Opfern, Kerkerstrafen usw. Wollte 17 Jahre mußten sich die Bauarbeiter mit lokalen Geheimorganisationen begnügen, bis die Erklärung der Arbeiterbewegung im allgemeinen den Macht haben die Legalisierung der Arbeiterorganisation abzwang. Erst diese Legalisierung ermöglichte die Zusammenfassung der lokalen Gruppen zu einem einheitlichen Zentralverband, der heute Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Steinmetze usw. umfaßt.

Die Beiträge sowie die Einrichtungen der lokalen Organisationen waren sehr verschieden, jedoch hatten alle Organisationen einen entschiedenen Kampfcharakter. Ihre vornehmste, ja fast einzige Aufgabe war, die Arbeits- und Lohnverhältnisse für ihre Mitglieder zu bessern.

Die Initiative zur Gründung des Verbandes gab die Agrarbauarbeiterorganisation schon 1905 in einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung. Die Befähigung der ausgearbeiteten Verbandstatuten erfolgte jedoch erst 1907. Vorher wurde schon in Agrar eine Landeskonferenz der Bauarbeiter abgehalten, die den Boden zur Durchführung der Zentralisierung vorbereitete. So konnte am 1. August 1907 der Verband der Bauarbeiter Kroa tien-Slawoniens ins Leben treten.

Die Beiträge wurden auf 42 Heller für die erste Klasse und 32 Heller für die zweite Klasse festgesetzt. Innerhalb eines Jahres waren 40 Beiträge zu leisten. Von diesen Gesamtbeiträgen entfielen unterschiedslos 10 Heller auf die Ortsgruppen, während 20 Heller bei der ersten Klasse und 10 Heller bei der zweiten Klasse auf den Kampffonds und der Rest von 12 Heller in die Zentralkasse des Verbandes flossen.

An Unterstellungen gewährt der Verband: Reiseunterstützung in den Wintermonaten bis zum Höchstbetrage von Kr. 15 innerhalb eines Jahres, Streikunterstützung von Kr. 8 pro Woche an Mitglieder der ersten Klasse und Kr. 5 an jene der zweiten Klasse. Weiter wurde den Mitgliedern wesentlich die kroatische sozialdemokratische Zeitung „Slobodna Rijec“ gegeben. Der Verbandstag 1909 beschloß ein neues Verbandsregulativ, wodurch die Beiträge in drei Klassen zu 60, 48 und 36 Heller geteilt wurden. Zugleich wurden verschiedene Unterstützungszeime nach dem Muster der österreichischen und der ungarischen Organisation eingeführt.

In den kroatischen Bauarbeiterverband werden alle Kategorien von Bauarbeitern aufgenommen, z. B. Maurer, Zimmerer, Steinarbeiter, Dachdecker, Betonarbeiter, Pfisterer und andere, ferner die Hilfsarbeiter dieser Branchen beiderlei Geschlechts. Nach dem Durchschnitt der eingehaltenen Beiträge hatte der Verband im Jahre 1907 786, 1908 957 und 1909 990 Mitglieder. Da der Kampffonds mit Rücksicht auf das sehr beschränkte Vereinsrecht als illegaler Fonds verwaltet werden muß, so werden von obigen Beiträgen 20, 16 und 12 Heller an den Kampffonds seitens der Ortsgruppen getrennt der Zentrale zugeführt. Den Ortsgruppen verbleiben je nach der Beitragsklasse 10, 8 und 6 Heller pro Beitrag. Gegenwärtig führt der Verband folgende Unterstützungszeime: Reiseunterstützung vom 1. Dezember bis 31. März, März eingezahlten 40 Wochenbeiträgen gibt es in der ersten Klasse Kr. 1 täglich bis zu Kr. 20 innerhalb eines Winters, in der zweiten Klasse 80 Heller täglich bis zu Kr. 12. Sterbefallunterstützung für das Mitglied, dessen Ehegatte und Kinder. Das Anrecht auf diese Unterstützung beginnt nach vierzigwöchiger Mitgliedschaft im Sterbefalle des Mitgliedes, nach achtzigwöchiger Mitgliedschaft im Sterbefalle dessen Frau und hundertwanzigwöchiger Mitgliedschaft im Sterbefalle der Kinder. Diese Unterstützung ist gestaffelt nach den Beitragsklassen und der Mitgliedschaftsdauer von Kr. 20 bis

100 im Sterbefalle des Mitgliedes, von Kr. 10 bis 60 im Sterbefalle der Frau und Kr. 5 bis 40 im Sterbefalle des Kindes. Geburtsfallunterstützung wird gewährt nach achtzigwöchiger Mitgliedschaft von Kr. 4 bis 12. Krankenunterstützung wird gewährt nach achtzigwöchiger Mitgliedschaft von der einundzwanzigsten Woche an, in der die Bezugsberechtigung bei der Krankenversicherung erlischt. Diese Unterstützung wird im Betrage von Kr. 7 in der ersten Klasse, Kr. 6 in der zweiten Klasse und Kr. 5 in der dritten Klasse auf die Dauer von zehn Wochen gewährt. Aus dem Kampffonds wird die Streik- und Gemahrgeltenunterstützung gewährt. Mitglieder der ersten Klasse erhalten Kr. 2, jene der zweiten Klasse Kr. 1,50 und die der dritten Klasse Kr. 1 täglich vom fünften Tage des Streiks an. Den Abreisenden wird Reiseunterstützung gewährt. Die Bezugsberechtigung beginnt ebenfalls nach vierzigwöchiger Mitgliedschaft.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind einigermaßen geregelt und durch Kollektivverträge festgesetzt. Die Arbeitszeit beträgt in vier Städten 9 Stunden, in zwei Städten 9 1/2, in sechs Orten 10 Stunden und in weiteren sechs Orten 10 1/2 Stunden. Die Löhne für gelernte Arbeiter (Maurer, Steinarbeiter, Zimmerer, Dachdecker) schwanken nach den Branchen- und Ortsverhältnissen zwischen Kr. 2,80 und Kr. 5,22 als tarifierte Mindestlöhne. Gegen die Arbeitslosigkeit wird insbesondere in Agrar ein konstanter Kampf geführt, weil sie von den Unternehmern zur Korruptionierung der Arbeiter gegen die Organisation propagiert wird.

Die Gesamteinnahme des Verbandes in den Jahren 1907, 1908 und 1909 betrug:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Verbandskasse, Kampffonds, and Gesamtvermögen for the years 1907, 1908, and 1909.

Das Gesamtvermögen betrug somit Ende 1909 Kr. 13 956,51.

Zu bemerken wäre noch, daß sofort nach der Gründung des Verbandes die wirtschaftliche Krise mit aller Schärfe einsetzte, was auf die Entwicklung des Verbandes ungünstig wirkte. Inzwischen gibt die langsam eintretende wirtschaftliche Besserung neuerdings Aussicht auf eine allgemeine Stärkung des Verbandes in naher Zukunft.

Der norwegische Maurerbund ist am 1. Mai 1900 gegründet worden. Er hat eine streng zentralistische Verfassung und umfaßt nur Maurer, die eine Lehrzeit von wenigstens vier Jahren durchgemacht haben. Lehrlinge können bei den lokalen Vereinen gegen einen kleinen Beitrag angemeldet werden; sie werden aber nicht Mitglieder des Bundes. Die Hilfsarbeiter gehören dem Bunde der Grob- und Fabrikarbeiter an, verschiedene Spezialgruppen haben eigene Vereine gegründet.

Table showing membership numbers for the Norwegian masons' union in the years 1907, 1908, and 1909.

Diese Zahlen umfassen nur vollberechtigte Mitglieder, die nicht für mehr als acht Wochen Beiträge schuldig sind. Nach den Angaben der Vereine sind in den Städten beim Jahreswechsel 1200 Maurer beschäftigt. Der Prozentsatz der organisierten Maurer beträgt somit 81,25. Dazu kommt, daß 145 Maurer mit den Beiträgen reflektieren. Diese mitgerechnet, sind 99,33 pSt. aller Maurer organisiert.

Der Beitrag ist wöchentlich und wird für alle 52 Wochen des Jahres bezahlt. Davon entbunden sind nur Mitglieder, die aus verschiedenen Ursachen arbeitslos sind. Die Höhe des Beitrages beträgt für 30 Wochen (vom 1. April bis letzten Oktober) 60 Oere (67 1/2) pro Woche, in den übrigen 22 Wochen 36 Oere (38 1/2). Die Landesorganisation hat die Befugnis, bei Streiks und Ausperrungen einen obligatorischen Extrabeitrag zu erheben, sobald dies nötig ist. Dieser Beitrag fließt unverzüglich in die Hauptkasse. Die lokalen Vereine erheben für ihre eigene Verwaltung einen Zuschlagsbeitrag, und zwar in der Regel 25 Oere wöchentlich. Der Bund leistet während Streiks und Ausperrungen Unterstützung. Das Recht auf Unterstützung tritt nach zwei-monatiger Mitgliedschaft ein. Die Unterstützung beträgt Kr. 8 wöchentlich für Ledige (vom Anfang der zweiten arbeitslosen Woche an) und Kr. 9 für Verheiratete, die außerdem eine Beizgabe von 50 Oere für jedes Kind erhalten. Die höchste Unterstützung beträgt Kr. 12.

Außerdem gewährt der Bund eine Unterstützung bei eintretender Invalidität und beim Tode des Mitgliedes, die bei halbjähriger Mitgliedschaft Kr. 50 und bei siebenjähriger und längerer Mitgliedschaft Kr. 700 beträgt. Seit dem vorigen Jahre zahlt der Bund auch Krankenunterstützung, sie besteht in einem Zuschusse zu den Behandlungskosten in Höhe von Kr. 8 und in einer wöchentlichen Unterstützung von Kr. 9 für die Dauer von 13 Wochen. Das Finanzwesen des Bundes spiegelt sich in folgenden Zahlen:

Table with 5 columns: Jahr, Einnahme, Ausgabe, and Bestand. Shows financial data for the years 1907, 1908, and 1909.

Das Vermögen des Bundes betrug am Schlusse des Jahres 1909 Kr. 26 pro Mitglied.

Uebereinkünfte mit den Unternehmern über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in 24 von den 26 Abteilungen des Bundes getroffen. Der garantierte Stundenlohn beträgt durchschnittlich 62 Oere (68 1/2) pro Stunde, und die maximale Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden täglich. In den Uebereinkünften sind Bestimmungen über die Arbeitsdauer (gemeinschaftlichen Afford mit garantiertem Stundenlohn) festgesetzt, ferner Bestimmungen über Zulagen bei Arbeit außer der Stadt und über die normierte Arbeitsdauer. Die Zuschlagszahlung beträgt 25, 50 und 100 pSt. für Lehrlinge sind die Löhne und die Zuschläge gleichfalls festgesetzt.

Diese Angaben des Berichtes zeigen uns die Festigkeit dieser Organisation, bei der sich der Drang zur Verwirklichung vornehmlich auf den inneren Ausbau lenkt, da der räumlichen Ausdehnung durch die Kleinheit des Organisationsgebietes enge Grenzen gesetzt sind.

Zentralfrentenkasse. („Grundstein zur Einheit“.)

In der Woche vom 25. September bis 1. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Charlottenburg M. 1000, Köpenick 800, Brandenburg a. d. S. 800, Richtenberg 500, Nowawes 500, Harburg a. d. E. 400, Erfurt 400, Groß Schönebeck 300, Mühlendamm 300, Alt-Mahlteufel 250, Minden i. B. 250, Wlirburg 200, Vergeborf 200, Meindenborf 200, Gathe 200, Lebnin 200, Jabna 200, Fienburg 200, Bjena 200, Potsdam 200, Alt-Damm 100, Dortmund 150, Kitz, Steinbeck 150, Königstein (Lanus) 150, Schweinitz (Eiser) 150, Herzberg a. d. E. 150, Sonnenberg 5, Biebs 140, Ottenborf-Ortilla 130, Oplau 100, Wölln i. L. 100, Weibitz 100, Jordan-Paradies 100, Münster i. Westf. 100, Welterhausen i. Harz 100, Zabikowo 100, Groß-Wartenberg 100, Budow (Kreis Rebus) 80, Kegin 70, Schierstein 60, Wölln 40, Darmstadt 37,15. Summa 9587,15.

Zuschüsse erhielten: Fedenbach M. 300, Brenden 200, Wlndeden 200, Neuhans a. d. Elbe 120, Panow 100, Heubach 100, Köslin 100, Reipzig-Gohlis 100, Zehdenick 100, Uferode 50. Summa M. 1370.

U t t o n a, 1. Oktober 1910.
Karl Reisk, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Banerstützen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bösum. (Bauunfälle und kein Ende.) In geradezu erschreckender Weise mehren sich in letzter Zeit im Bochumer Großstadgebiet die Bauunfälle. Fast kein Tag vergeht, an dem man nicht in den Zeitungen einen Bauunfall liest. Seit voriger Woche sind nicht weniger als fünf schwere Unfälle passiert. Am 23. September verunglückte der Maurer Franz Nuytemeyer tödlich durch Abwurf vom Neubau des Joseph-Hospitals hinter dem Stadtpark. Am 28. September stürzte an der Maarbrücke in Ganne ein Anstreichergerüst aus der dritten Etage vom Gerüst. Er brach beide Beine und erlitt außerdem schwere Kopfverletzungen. Am gleichen Tage brach am Neubau Müller in der Gastoper Straße das Gerüst, der Maurer Rindemann stürzte ab und wurde von herunterfallenden Gerüstteilen erheblich verletzt. Am 27. September verunglückte in der Chemischen Industrie (Schulz Fabrik) beim Betonieren eines Schmelzofens ein Handlanger. Ihm fielen schwere Steine auf das Bein, die es erheblich verletzten. Ein weiterer Unfall ereignete sich am 28. September in derselben Fabrik. Der bei der Firma Konrad Bleemann beschäftigte Zimmermann Gungtrige stürzte von einem 7 m hohen Gerüst ab und erlitt außer schweren Kopfverletzungen an beiden Armen Knochenbrüche. Also in fünf Tagen fünf Unfälle, von denen die Deffentlichkeit erfährt. Wieviel mögen noch passieren, von denen überhaupt nichts an die Deffentlichkeit kommt? Wer kennt nicht das Versehen der Unternehmer, die Unfälle möglichst geheim zu halten, besonders dann, wenn die volle Schuld auf ihrer Seite liegt. Geht man den Unfällen auf den Grund, so muß man in den allermeisten Fällen konstatieren, daß die Ursachen in dem mangelhaften Befolgen der Bauarbeitergesetzbestimmungen zu suchen sind. Das Nachsehen beim soch traugriger Zustände ist allein auf das Schuldheft der Bochumer Baupolizei zu legen. Mühsig läßt sie es hingehen, daß das Unternehmertum die gesetzlichen Bestimmungen mit Füßen tritt. Was nützt es, wenn die Baupolizei nur darauf achtet, daß die Bestimmungen in der Baubüchse hängen, und nicht mit Nachdruck dafür sorgt, daß sie befolgt werden. Hier liegt des Pudels Kern. Ein Sprichwort sagt: Was der Bauer nicht kennt, frißt er nicht! So geht es auch oft der Bochumer Baupolizei. Gätten wir hier Baukontrolleure aus den Kreisen der Arbeiter, ausgerüstet mit den absolut nötigen Kenntnissen und Machtbefugnissen, dann, glauben wir, würde es mit dem Bauarbeiterchutz bald ganz anders aussehen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, werden wir fortgesetzt Kritik üben müssen an den Missständen und an der Bochumer Baupolizei im dringenden Interesse der unter den Missständen leidenden Arbeiterschaft.

— (Ein Kurz in einem Neubau. Am 30. September stürzte in dem zwei Stockwerk hohen Neubau der Kartonnagenfabrik Joh. Arnold in der Zoodringstraße im Ehrenfeld die Betondecke unter donnerndem Getöse in sich zusammen. Zwei Arbeiter an der Front wurden heftig gedrückt. Die auf diesen als Unterlage für das Dach ruhenden T-Eisen verloren dadurch den Halt und stürzten nach. Das Dach ist dadurch ebenfalls noch gefährdet. Verletzt wurde niemand. Die darunter arbeitenden Bauarbeiter, die gerade dabei waren, im Parterre unter der Betondecke das Gerüst zum Ruhen herzustellen, wurden von einem Arbeiterkollegen, der das Anstreichen der Decke gewahrte, auf den Einbruch aufmerksam gemacht, sie konnten sich so noch rechtzeitig ins Freie retten. Die im Treppenhaus arbeitenden Maurer waren zufällig nicht am Arbeitsplatz, und so blieben auch sie unverletzt. Die Ursachen des Einsturzes sind lebhaft in der mangelhaften Ausführung zu suchen. Die Herstellung der Decke war auf dem Wege der Submission der Betonfirma Meyer in W a n n e übertragen worden. Die Differenz zwischen dem Höchstfordernden, der Firma Gorb, die gleichzeitig die Maurerarbeiten ausführt, und der Firma Meyer als Mindestfordernden hat nach unserm Ermitt-

lungen A 800 betragen. Die Decke hat einen Flächeninhalt von ungefähr 170 qm, das ganze Objekt beträgt also nur einige tausend Mark. Kann es denn angehts solcher Tatsachen verwundern, wenn bei Herstellung der Decke nicht die nötige Sorgfalt obgewaltet hat? Die Qualität des Betonmaterials läßt darüber gar keinen Zweifel aufkommen. Die Decke hatte bereits vier Wochen gestanden, ehe sie ausgegallt wurde, mußte also unbedingt den nötigen Bindegang erreicht haben. Daß sie dennoch, ohne jegliche Belastung einstürzen konnte, läßt keinen andern Schluss zu, als daß hier ein geradezu leichtsinniger Verstoß gegen alle Regeln der Baukunst vorliegt. Die Dedenunterzüge, ebenfalls aus Beton, waren viel zu schwach, sie hatten eine Breite von 30 cm, die Auflage auf den Seitenmauern betrug nur 25 cm. Unbedingt hätte hier die Auflage der Unterzüge sowohl als der Decke die ganze Mauerbreite betragen müssen. Das ganze Fabrikgebäude hat durch den Einsturz erheblich gelitten. Fensterpfosten sind herausgerückt worden, das Dach hat teilweise seinen Fund verloren, Mittelwände sind freigezogen und quer gerissen, ein Rindern ist total zerfallen, der Schaden ist also beträchtlich. Es handelte sich nur um ein bis zwei Minuten und neun blühende Menschenleben wären vernichtet gewesen. Wir haben Proben des Betons aus den Dedenunterzügen zur Verfügung, die man mit der Hand auseinanderdrücken kann. Das sind die Folgen, die sich aus dem Submissionsunfug ergeben. Es liegt im Interesse des bauenden Publikums, und der gesamten Öffentlichkeit, daß solchen Zuständen behördlicherseits entgegengetritt wird. In diesem Falle wäre das Unterzügen von Betonaustragungen durch die genannte Firma wohl am Platze. Bei den großen Gefahren, die das Betongewerbe in sich birgt, ist es unbedingt Pflicht der Baubehörden, unerschütterlich strenge zu üben.

Hamburg. Wir haben die traurige Pflicht, einen Unfall zu verzeichnen, der sich auf dem Bau des Verbandshauses zugetragen hat und dem leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Am 23. August fiel der 66 Jahre alte Kollege Rajunt, der eine Kalkballe auf der Schulter trug, im Korridor des Hauses so unglücklich, daß er eine schwere Durchschußung des linken Oberarms erlitt. Der Kollege war beim Nachbessern; er befand sich wieder auf einem Gerüst noch auf einer Leiter, sondern auf ebener Erde. An dem Korridor lagen manderlei Gerätschaften und Materialien, darüber glitt er aus und zog sich die erwähnte Verletzung zu. Kollege Rajunt wurde ins Krankenhaus gebracht; dort sollte ihm, damit das nach innen geflossene Blut der zerlissenen Blutgefäße keine Entzündungen hervorrufe, der Arm abgenommen werden. Das gab der Kollege Besorgnis nicht zu. Aber nun trat die Entzündung ein, sein Zustand wurde schlimmer und schlimmer und am 2. Oktober ist Kollege Rajunt gestorben. Es ist uns allen ein großer Schmerz, daß auch dieser Bau, an dem so peinlich über die Innehaltung aller von uns geforderten Schutzmaßnahmen gemacht wurde, ein Menschenleben gefordert hat.

Kirdorf. Am 23. September fiel dem Tagelöhner Adolf Hardt aus Domburg, am Bau des russischen Pfarrhauses (Unternehmer Aug. Haller) ein circa 40 Pfund schweres Bund Holz aus einer Höhe von 9 m so unglücklich auf den Kopf, daß er zusammenbrach. Bei der ärztlichen Untersuchung wurde eine Wirbelsäulenverletzung festgestellt, so daß an Wiederankommen des Verletzten gezweifelt werden muß. Wenn die Schuld an dem Unfall ausgeschrieben ist, so ist jetzt nicht konstatiert worden.

Neunkirchen b. Chemnitz. Am 24. September verunglückte hier beim Fabrikanten Knopf der Maurer E. Seidel, der mit dem Mauern einer Kellerterrasse beschäftigt war, dadurch, daß ihm ein Ziegelstein auf den Hinterkopf fiel. Er brach bewusstlos zusammen und wurde nach seiner Wohnung gebracht, wo er nach zwei Stunden die Befinnung wieder erlangte. Weiter wird uns mitgeteilt, daß die Baukontrolle am Orte jetzt mangelhaft sei, so daß es wohl Zeit wird, daß die Arbeiter selbst einen Baukontrollen wählen.

Submissionen. Die am 29. September in Nürnberg stattgefundene Eröffnung der Submissionsangebote auf Kanalisation des Seebadparks zeigte wieder einmal die Tatsache, daß von zehn Submittenten der Meistbietende mehr als das Dreifache des Mindestangebots verlangte. Dabei handelt es sich freilich um ein großes Projekt; denn normalerweise dürften sich die Kosten auf M. 10 000 bis M. 12 000 belaufen. Die beiden niedrigstbietenden Firmen waren Kaiser & Schorr mit M. 7570 und Hermann Hubert mit M. 9660; dann folgte die Firma Brandmeier mit M. 10 000; der Höchstbietende steigt bereits auf M. 14 000, und so geht es weiter bis zu M. 22 000 Angebot von der Eisenbetongesellschaft und endlich dem Meistgebot der Firma Hübnerger mit M. 28 600. — Die Angebote für die Kanalisation in der Spöbe- und Fahrradstraße, an denen sich sieben Firmen beteiligten, bewegten sich zwischen M. 4000 und M. 7000. Die billigste Firma war Brandmeier, das Meistgebot reichte die Firma Biber ein.

Regensburg als Handelsstadt. Diese uralte Stadt, das Ratisbona der alten Römer, soll wohl zu neuer Blüte gelangen. Die bisherigen bestehenden Hafenanlagen an der Donau hat man bedeutend erweitert. Der Ausbau ist nunmehr vollendet. Dadurch erhält Regensburg das Gepräge der Großhandelsstadt, das ihr bis zum Aufstiege Venedig und dem damit verbundenen Niedergang Konstantinopels während einiger Jahrhunderte bereits eigenständig war. Und die großen Zukunftspläne, die bei der Eröffnung der Hafenanlagen am 6. Juni in Bezug auf den Ausbau der bayerischen Wasserstraßen entwickelt worden sind, geben der Stadt als Knotenpunkt des Weltverkehrs, als deutschen Hafen am Schwarzen Meer, einen noch bedeutungsvolleren Hintergrund. — Die neue Hafenanlage umfaßt das Gelände östlich der Stadt zwischen Donau und Staatsstraße nach Straubing, insgesamt ein Areal von 113 Morgen, das die Stadtgemeinde dem Staat größtenteils kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Drei riesige Wasserbeden sind errichtet worden, um den Schiffen Schutz gegen Hochwasser und Eisgefahr zu bieten, um ferner dem Güterumschlag zu dienen, den die bisherigen Anlagen bei

dem erheblich gesteigerten Verkehr nicht mehr zu bewältigen vermöchten. Da ist zunächst das mächtige Hauptbeden, das dem allgemeinen Schiffsverkehr dient und eine Länge von 625 m und eine Sohlenbreite von 80 m besitzt. Daneben — durch den gemeinsamen Schiffsverwehlauf verbunden — der Petroleumhafen, ein Beden von 400 m Länge und 60 m Breite. An der nördlichen und nordwestlichen Seite ziehen sich in einer Länge von fast 1 km die 8 1/2 m hohen Kaimauern hin, das große Bauwerk des Hafengebietes. Dahinter erheben sich die städtischen Lagerhäuser, das Bureaugebäude der Dampfschiffahrtsgesellschaft; westlich davon das noch im Bau begriffene städtische Getreidelagerhaus, das eine Stoaabteilung enthält und mit den neuesten maschinellen Einrichtungen versehen ist. Westlich des Haupthafens steht das Zollamtsgebäude und weiter der 400 m lange Vorhafenbahnhof, in dem die sämtlichen Kaimauer-, Lade-, Umschlag- und Hauptaufzugsgeleise zusammenlaufen. Nächst dem Petroleumhafen liegt die Schiffswerft der Schiffbauanstalt Ruffsohn in Gessell und südlich davon die Petroleum- und Benzinfabrik der Deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft.

Am die Industrialisierung zu erleichtern, hat die Stadtgemeinde das gesamte südlich vom Umschlaghafen gelegene Gelände gegen die Straubinger Straße zu rechtzeitig in ihren Besitz gebracht, um es zu billiger Preise an industrielle Unternehmen abzugeben. Den vollen Wert werden die Hafenanlagen aber erst erhalten, wenn Schiffsbauwerkzeugen der Untermain-Kanalisation an den Häfen angeschlossen und wenn eine leistungsfähige Wasserstraße durch Bayern gebaut ist, die den Rhein mit der Donau, die Nordsee mit dem Schwarzen Meer verbindet. Zweifelslos wird durch diese Entwicklung auch die Bau-tätigkeit eine mächtige und anhaltende Förderung erfahren.

Gewerkschaftliches.

*** Aussperrung in der Metallindustrie in Sicht.** Der Verband der Metallindustriellen hat den an dem Kampfe auf den Privatwerten beteiligten Gewerkschaften ein Ultimatum gestellt. Für den Fall, daß die Werftarbeiter nicht bis zum 8. Oktober die Arbeit wieder aufnehmen haben, wollen die Metallindustriellen 60 pSt. der von ihnen beschäftigten Arbeiter aussperrern. Inzwischen haben nun auf Ansuchen der Unternehmer Verhandlungen über die Differenzen auf den Werften stattgefunden, die jedoch bisher ergebnislos geblieben sind. Am 3. Oktober sollte noch einmal verhandelt werden. Wenn diese Verhandlungen scheitern, wird die Aussperrung erfolgen. Nach unserm Dafürhalten wird der Kampf kommen. Er wird einen sehr großen Umfang annehmen. Die Arbeitererschaft aller übrigen Berufe wird wissen, worin ihre Pflicht besteht.

Polizei und Gerichte.

Oberode. Am 23. Mai dieses Jahres waren einige unserer Kollegen genötigt, einen Transport Arbeitswilliger nach Hause zu befördern, wofür sie eine Auflage wegen Nötigung, Körperverletzung und Drohung erhielten. Angeklagt waren die Kollegen Gepp, Steha, Damasc, Börsche, Stanislawski und der Vorsitzende der Bauhilfsarbeiter, Kühl. Am 20. September war nun Termin. Am Morgen des 23. Mai kamen von Bisseln ungefähr 15 Arbeitswillige. Unsere Kollegen drangen mit freundlichen Worten auf sie ein, doch lieber nach Hause zu fahren, weil sie doch ausgesperrt seien. Sie gingen auch darauf ein, aber erst als Polizei sie begleitete. Untermwegs soll Damasc einem Blauen einen Fußtritt verfehlt haben. Beim Termin versich sich der betreffende Zeuge selbst in seiner Aussage, so daß in diesem Fall Freisprechung eintreten mußte. Stanislawski, der gar nicht belastet, aber trotzdem vor Gericht gezerrt worden war, mußte ebenfalls freigesprochen werden. Börsche soll zu Lebringen gesagt haben: „Heute seid Ihr frisch und munter, morgen fällt Ihr vom Gerüst herunter“. Das Gericht nahm dies als einen harmlosen Spaß auf und es erfolgte gleichfalls Freisprechung. Auch Gepp wurde freigesprochen, weil ihm nichts nachgewiesen werden konnte. Kollege Steha soll zu einem Streiftreiber gesagt haben: „Komm man her, Freundchen, auf Dich habe ich gewartet.“ Darin fand das Gericht eine Drohung. Abgleich der Verteidiger für Freisprechung plädierte, wurde unser Kollege doch zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Ebenso erging es dem Vorsitzenden der Bauhilfsarbeiter, Kühl, der sich ebenfalls als eine Drohung schuldig gemacht haben soll, indem er zu einem Blauen gesagt haben soll: „Wenn Ihr nicht macht, daß Ihr jetzt fortkommt, bekommt Ihr die Fäde voll.“ was von dem Angeklagten entschieden bestritten wurde. Das Gericht verurteilte Kühl trotz bestiger Einsprache des Verteidigers zu drei Wochen Gefängnis. Die beiden Verurteilten werden natürlich sofort Verurteilung einlegen.

Briefkasten.

(Eintragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso ertheilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigesetzt ist.)

S. S., Nürnberg. Wir freuen uns ja, wenn Kollegen von uns am „Grundstein“ mitarbeiten, und auch gegen die Einschuldung von eigenen Gebühen haben wir, wenn sie einigermassen genüßbar sind, nichts einzuwenden. Daß Du aber Gebühe von wirklichen Dichtern abgeschrieben und sie uns als Deine eigenen aufschwänzen willst, das finden wir ganz unangehlich.

S. S., in Grotten. Das muß sich doch aus dem Statut der Kaffe ergeben lassen; ohne dieses zu kennen, können wir auf Deine Frage keine Auskunft geben.

H., Augsburg. Den „Etabellist“ zur Aufnahme von Sterbeanzeigen zu veranlassen, ist uns nicht möglich.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 A.)

- Altenburg.** Am 29. September starb nach längerer Krankheit der Kollege **Robert Wunderlich** im Alter von 62 Jahren an Wasserfucht.
- Augsburg.** Am 30. September starb unser Kollege **Franz Kasak** im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung.
- Berlin.** Am 1. Oktober starb unser Mitglied **Gust. Möbius** im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung.
- Bromberg.** Am 28. September starb unser Mitglied **Emil Boie** im Alter von 55 Jahren an Gallenleiden.
- Cassel.** Am 23. September starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege **Martin Griessel** aus M. e. g. im 25. Lebensjahre an Herzkrankheit.
- Dresden.** Am 28. September starb der Kollege **Ferdinand Möbius** im Alter von 47 Jahren durch Selbstentzündung.
- Erfurt.** Am 28. September starb unser Kollege **Wilhelm Wollforth** im Alter von 58 Jahren an Herzleiden.
- Karlruhe.** (Zahlstelle Nu a. Rhein.) Am 20. September starb unser treuer Kollege **Gustav Bauer** im Alter von 28 Jahren infolge eines Unglücksfalles.
- Burg b. Magdeburg.** Am 27. September starb unser Kollege **Friedrich Schmidt** im Alter von 60 Jahren an Herzleiden.
- München.** (Zahlstelle Planegg.) Am 22. September starb unser treuer Kollege **Leonhard Demmel** im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.
- Weißenfels.** Am 18. September wurde der Kollege **Th. Thieme**, der sich am 24. August von seinen Angehörigen entfernt hatte, tot aufgefunden. Erhe ihm ein Andenken!

Anton Felnezek, geboren 16. Januar 1885 zu Bihacz, Werb.-Nr. 181477, und **H. Rosenthal** aus Dortmund, werden ersucht, ihre Adresse an den unterzeichneten Zweigverein gelangen zu lassen. Die Zweigvereinsvorstände eruchen wir, die Genannten auf diese Anzeige hinzuweisen und uns deren Adresse ebenfalls mitzuteilen. [M. 270]
Der Vorstand des Zweigvereins **Braunschweig**.
F. U.: Karl Schulze, Werber 32.

Crimmitschau.

Sonntag, den 9. Oktober, findet ein [M. 240]

Ausflug mit Damen nach Grünberg

statt. Dasselbst: **Tanz.**
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Verehrerstatist, H Herberge, Rz Revisorunterstützung wird ausgeschrieben.)

- Neusalz.** V Heinrich Meiß, Kleine Gasse Nr. 3; K Freitritter Straße Nr. 5.
- Straßburg i. Els.** Das Bureau des Ganes und des Zweigvereins befindet sich vom 1. Oktober an: Helenengasse 14, 1. Et.

Verammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

- Sonntabend, den 8. Oktober.**
- Burgdorf.** Abends 8 1/2 Uhr im Schäfershause. Wichtige Tagesordnung.
- Glesien.** Abends 8 Uhr im Arbeiter Kasino in Schweiditz.
- Sonntag, den 9. Oktober.**
- Brunsbüttelkoog.** Nachm. 4 Uhr bei Stritten. L. D.: Delegiertenwahl. Vorkredung vom dritten Quartal.
- Frankenhausen a. Kyffh.** Nachm. 3 1/2 Uhr im „Vorborsgarten“.
- Lochau.** Nachm. 3 Uhr.
- Dienstag, den 11. Oktober.**
- Eisleben.** Abends 8 Uhr, kommitierte Verammlung in der „Gierhalle“. L. D.: Wahl des Gesamtvorstands.
- Sonntabend, den 15. Oktober.**
- Grimmen.** Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
- Sonntag, den 16. Oktober.**
- Neuhardenberg.** Nachm. 2 Uhr im früheren Koppingschen Hotel.

Zentraltrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 16. Oktober.
Marlendorf. Nachm. 10 Uhr Generalversammlung bei Bienenhagen, Ganssestraße 27.